

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Brief... monatlich 1.30 RM... wöchentlich 30 Pf... Einzelst. täglich.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr... beträgt für die sechsstellige Annoncen... Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Mittwoch, den 4. Oktober 1916. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Recht oder Wohltat?

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben: Dem Reichstage ist ein Gesetzentwurf zugegangen, durch den die Bezeichnungen „Nationalstiftung“ und „Marine-Stiftung“ zum ausschließlichen Privileg zweier bestehender Stiftungen gemacht werden sollen.

Die Begründung des Regierungsentwurfs sagt von der erstgenannten Stiftung: Die Stiftung erstreckt ihre Wirksamkeit über das ganze Gebiet des Deutschen Reichs und bezweckt, den hilfsbedürftigen Hinterbliebenen der im gegenwärtigen Kriege Gefallenen ohne Unterschied des Standes, der Partei und des Glaubens Unterstützungen zu gewähren, die eine Ergänzung der vom Reiche zu erwartenden Fürsorge darstellen sollen.

Die Begründung des Entwurfs behauptet, der Wirksamkeit der Stiftungen möglichst die Wege zu ebnen, ist aus staatlichen Rücksichten geboten. Welche Art von Wirksamkeit der Stiftungen damit gemeint ist, wird dann in folgenden Sätzen näher dargelegt:

„Eine besondere Förderung ihrer Ziele würden sie dann erfahren, wenn ihnen für ihre Sammeltätigkeit eine Art Vorrang, ein gesetzlicher Schutz verschafft werden könnte. Damit würde ihre Stellung gegenüber ähnlichen Bestrebungen gesichert und verbürgt werden, daß etwa Veranlassungen verwandter Art, wie dies auch im Bereiche der Kriegswohlfahrtspflege vorkommt, ihre als zugkräftig erprobten, allgemein bekannt gewordenen Bezeichnungen für sich entlehnen und damit Verwirrung und Zerplitterung hervorzurufen.“

Das Gesetz soll beiden Stiftungen also ein Monopol auf zugkräftige Namen für Geldsammlungen großen Stils garantieren. Aber nicht nur das. Es heißt in der Begründung weiter:

„Ein solcher Schutz würde namentlich deswegen von erheblichem Wert sein, weil die Stiftungen darauf angewiesen sind, ihre Mittel auch auf dem Wege zu gewinnen, daß gewerbliche Betriebe ihnen Abgaben leisten, wenn diese Betriebe die Erlaubnis erhalten, ihre Erzeugnisse unter dem Hinweis darauf zu verlaufen, daß ein Teil des Erlöses der Nationalstiftung oder der Marine-Stiftung zufällt.“

Das Gesetz soll also auch auf dem Umwege über gewerbliche Betriebe, denen die geschützten Namen als Lockmittel für ihre Erzeugnisse verkauft werden sollen, eine Art indirekte Besteuerung des Publikums zugunsten der beiden Stiftungen ermöglichen helfen.

Diese gesetzliche Parteimahne für zwei durchaus private Organisationen sucht der Regierungsentwurf mit dem „guten Zweck“ zu rechtfertigen. Er sagt darüber:

„Der Zweck der beiden Stiftungen ist ein gemeinnütziger und vollenkündlicher. Sie wollen dort helfend eingreifen, wo die Fürsorge des Reiches nicht oder nur in nicht ausreichendem Maße gewährt werden kann. Eine aus freiwilligen Gaben schöpfende, von dem Zwange bestimmter Formen und allgemein festgelegter Voraussetzungen losgelöste Hilfe erscheint besonders geeignet, die gesetzlich geregelte Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung zu ergänzen und durch Anzapfung an die Bedürfnisse des Einzelnen zur Erhaltung des Bestandes der durch Kriegstod oder vorzeitige Invalidität Angehöriger betroffenen Familien beizutragen.“

Die Regierung sieht also in der Fürsorge der beiden Stiftungen eine „Ergänzung der gesetzlich geregelten Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung“. Nun herrscht aber nach den im Reichstage abgegebenen Versicherungen der Regierung und aller Parteien volle Uebereinstimmung darüber, daß sowohl das Mannschaftsversorgungsgesetz vom 31. Mai 1906 wie das Militärhinterbliebenengesetz vom 17. Mai 1907 einer durchgreifenden Revision zugunsten der Kriegsteilnehmer respektive ihrer Angehörigen unterzogen werden muß. Statt zuerst einmal mit einer Bekanntgabe der Grundzüge hervorzutreten, nach denen diese Revision gestaltet werden soll, und so den Rechtsanspruch der Kriegsteilnehmer respektive ihrer Angehörigen als das Grundlegende der ganzen Unterstützung klarzustellen, bringt die Regierung jetzt einen Gesetzentwurf, der

eine „aus freiwilligen Gaben“ fließende „Ergänzung“ der noch völlig unbekanntem definitiven Fürsorge des Reiches fördern soll. Nun, daß nicht die Auffassung entstehen, daß ein möglichst großer Teil der Unterstützungspflicht des Reichs von vornherein auf die organisierte Privatmildtätigkeit abgewälzt werden und deren Ergiebigkeit dann bestimmend sein soll für das Maß von Fürsorge, das das Reich über das bisherige, allgemein als ungenügend befundene Maß hinaus künftig gewähren soll? Solche Erwägungen sind um so weniger von der Hand zu weisen, als der Vorsitzende der „Nationalstiftung“ der jeweilige preussische Polizeiminister und der Vorsitzende der „Reichs-Marine-Stiftung“ der Direktor des Allgemeinen Marine-Departements ist, beide Stiftungen also quasi halbamtlich sind. Nach Annahme des Gesetzes ist deshalb damit zu rechnen, daß der ganze amtliche Apparat für die beiden Stiftungen in Bewegung gesetzt wird. Periodisch wiederkehrende Kollekte werden unter starkem behördlichen Druck veranstaltet werden und eine Flut aller möglichen Waren wird den Markt überschwemmen, deren Erlös zum Teil den beiden Stiftungen zufließen soll; Veierfastenbettel und Ablahhandel in moderner Aufmachung.

Beim Kapitalabfindungsgesetz sagte Genosse Hofrichter am 10. April d. J. als Redner der sozialdemokratischen Fraktion:

„Den Invaliden und Hinterbliebenen der Gefallenen muß unter allen Umständen — das muß Grundprinzip sein — das beschämende Gefühl erspart bleiben, mehr oder weniger auf Wohlthätigkeit oder Almosen angewiesen zu sein.“

Von dieser durchaus zutreffenden Ansicht aus erscheint es uns ausgeschlossen, daß Sozialdemokraten dem Gesetzentwurf ihre Zustimmung geben können. Erwägungen anderer Art müssen zu demselben Resultat führen.

Ein Achtstundengesetz für die amerikanischen Eisenbahner.

New York, Anfang September. (Fig. Ver.) Die letzten Wochen waren eine Periode steigender Erregung in den Vereinigten Staaten. Stand doch das Land vor einem allgemeinen Eisenbahnerstreik, der der Kriegsprosperität ein jähes Ende zu bereiten drohte. Seit etwa einem Jahre war die Achtstundebewegung unter den amerikanischen Eisenbahnern im Gange. Plannäßig und in inniger Verbindung waren die vier großen, fast das gesamte Juggersonal umfassenden Bruderschaften der amerikanischen Eisenbahner vorgegangen, um den Achtstundentag durchzusetzen. Es war nicht daran zu zweifeln, daß die Arbeiter bereit waren, die günstige Lage, in die der Krieg die Eisenbahngesellschaften versetzt, auszunützen. Mit erdrückender Mehrheit hatten sie den Generalstreik beschlossen und ihre Führer beauftragt, ihn nötigenfalls zu proklamieren.

Die Krise kam zu Anfang des Monats August. Die Vertreter der Arbeiter und Unternehmer konnten sich nicht einigen. Die Unternehmer bestanden beharrlich darauf, daß die Forderungen der Arbeiter (der Achtstundentag für das Juggersonal bei anderthalbfacher Bezahlung der Ueberzeit) nebst anderen Dingen, die die Arbeiter zu ihren Errungenschaften zählen, einem Schiedsgericht zur Entscheidung unterbreitet werden sollten. Dieses Anerbieten schlugen die Arbeiter rundweg ab. Sie erklärten, sie hätten zu schlechte Erfahrungen mit Schiedsgerichten gemacht, namentlich mit solchen, deren Beschlüsse nach der obwaltenden Praxis stets von der einen Partei, der Partei der Unternehmer, ausgelegt würden. Der Zusammenstoß schien unvermeidlich. Auf beiden Seiten rüstete man zum Kampfe. Da griff der Präsident Wilson als Vertreter der Nation vermittelnd ein. Er bestellte die Parteien zu sich und unterbreitete ihnen Vorschläge zur günstigen Beilegung des Streites. Er erklärte, daß der Achtstundentag eine durchaus berechtigte Forderung sei. „Der Achtstundentag“, so sagte er, „hat ohne Zweifel die Sanction des Urteils der Gesellschaft“. Sich auf diese Erkenntnis stützend, unterbreitete er den Parteien den Vorschlag, den Achtstundentag einzuführen. Eine kleine Kommission sollte eingesetzt werden, die den Uebergang vom Zehnstundentag zum Achtstundentag studieren und ihre in der Praxis erworbenen Erfahrungen als unparteiisches Zeugnis dem Kongress später zur Regelung aller in Frage kommenden Streitfragen unterbreiten sollte. Der Präsident versicherte den Vertretern der Eisenbahngesellschaften, daß er und die Regierung nichts unternehmen würden, um die Gesellschaften daran zu hindern, von der zwischenstaatlichen Handelskommission die Erlaubnis zur Erhöhung ihrer Frachttäge zu erlangen, sollte diese Erhöhung infolge der Einführung des Achtstundentages sich als notwendig erweisen.

Die Arbeiter ließen sich nicht lange überreden, den Vorschlag anzunehmen, der ihnen zwar nicht die anderthalbfache Bezahlung der Ueberzeit, aber doch die Hauptsache brachte. Die Gesellschaften hingegen wiesen den Vorschlag des Staatsoberhauptes entschieden von sich. Sie wollten den Streit im offenen Kampfe ausfechten und führen mit den Vorbereitungen fort. Angesichts dieser Sachlage setzten die vier Bruderschaften der Eisenbahner den Anfang des Generalstreiks auf den 4. September fest. Der Streik sollte am „Arbeiterstag“, einem offiziellen Festtag, beginnen.

Nun wandte sich der Präsident am 29. August mit einer Botschaft an den Kongress, den er ersuchte, das drohende Unheil durch gesetzgeberische Maßnahmen abzuwenden. Er betonte die Notwendigkeit des schnellen Handelns und empfahl den Gesetzgebern die Annahme eines Achtstundengesetzes. In der Botschaft hieß es unter anderem: „Bei der Betrachtung des Inhalts der Kontroverse schien es mir, daß der Zeitgeist und das überwiegende Zeugnis der neueren wirtschaftlichen Erfahrung für den Achtstundentag sprechen. Theorie wie Praxis der letzten Jahre hat ihn als etwas erwiesen, worauf die Gesellschaft gerechtfertigterweise im Interesse der Gesundheit, der Tüchtigkeit, der Zufriedenheit und des allgemeinen Wachstums der wirtschaftlichen Kraft bestehen kann.“ Der Präsident gab dem Kongress dann folgende bei der dringenden bevorstehenden Gesetzgebung zu beachtende Richtlinien. Der Achtstundentag sollte für alle am zwischenstaatlichen Verkehr beteiligten Eisenbahnen eingeführt werden. (Bekanntlich kann der Kongress als Bundeslegislatur nur den zwischenstaatlichen Verkehr regeln.) Eine kleine Untersuchungskommission sollte eingesetzt werden, die dem Kongress über die Wirkungen des Achtstundentages Bericht zu erstatten hätte. Der Kongress sollte seine Zustimmung dazu geben, daß die zwischenstaatliche Handelskommission, wenn es für notwendig befunden werden sollte, den Gesellschaften die Erlaubnis erteile, ihre Frachttäge zu erhöhen. Ferner schlug der Präsident dem Kongress vor, Zwangsschiedsgerichte einzuführen, deren Schiedsprüche von Gerichten ausgelegt werden sollten. Auch forderte er mit Rücksicht auf die militärische Lage ein Gesetz zur Militarisierung der Bahnstreifen, die zur Versorgung der an der mexikanischen Grenze stehenden Truppen und zur Verteidigung des Landes notwendig in Betrieb gehalten werden müßten.

Viele demokratische Kongressmitglieder rebellierten jedoch gegen den Vorschlag, Zwangsschiedsgerichte einzuführen. Die Wahlen stehen vor der Tür, und mit einem Zwangsschiedsgerichtsgesetz hätten viele Volksvertreter ihren Arbeiterwählern nicht vor die Augen treten dürfen. Von dem demokratischen Kongressmitglied Adamson wurde sodann ein kurzer Gesetzesvorschlag eingereicht, der in kurzer Zeit vom Kongress angenommen und am 3. September, einen Tag vor dem angekündigten Ausbruch des Streiks, durch die Unterschrift des Präsidenten zum Gesetz erhoben wurde. Das angenommene Gesetz bestimmt, daß vom 1. Januar 1917 ab der Standardarbeitstag der Angestellten der Dampfeisenbahnen, die länger als 100 Meilen sind und am zwischenstaatlichen Verkehr beteiligt sind, acht Stunden betragen soll; daß eine aus drei Personen bestehende Kommission die unter dem Achtstundentag bestehenden Verhältnisse studieren soll während einer sechs- bis neunmonatlichen Periode; daß während dieser Periode der jetzt herrschende Tagelohn nicht herabgesetzt werden darf und daß die Ueberzeit nach diesem Lohn berechnet werden muß. Uebertretungen des Gesetzes werden mit Geldbußen von 100 bis 1000 Dollar oder Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldbußen und Gefängnis bestraft.

Der Sieg der Eisenbahner ist ihrer geschickten und standhaften Führung in nicht geringem Grade zu verdanken. Als der Ausbruch des Streiks unvermeidlich schien, wurden die Führer der Eisenbahner von allen Seiten bestärkt, den Befehl zum Generalstreik zurückzunehmen oder den Kampf wenigstens aufzuschieben. Als sie sich nicht beirren ließen, überschüttete sie die gesamte kapitalistische Presse mit einem Ozean von Schimpfwörtern. Gesichert wurde der Sieg durch das geschlossene und entschlossene Auftreten der Arbeiter und die Nähe der Wahlen, die manchen bürgerlichen Politiker es nicht geraten erscheinen ließ, die organisierten Arbeiter gegen sich aufzubringen. Ob das Gesetz wirklich in Kraft bleibt, ist noch zweifelhaft. Die Unternehmer wollen entschlossen sein, die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes anzufechten. Sie erklären das Achtstundengesetz für Massengesetzgebung, die die Konstitution nicht erlaube. Sie behaupten auch, der Kongress habe nach der Verfassung nicht das Recht, Löhne festzusetzen. Diese Fragen wird das Oberbundesgericht entscheiden müssen, das bekanntlich in den Vereinigten Staaten die sicherste Hochburg aller Reaktion ist. Die nächsten Monate werden zeigen, ob diese neueste Errungenschaft der amerikanischen Arbeiter dasselbe Schicksal treffen wird, das schon so viele fortschrittliche Gesetze diesseits des Ozeans getroffen hat. Mitbestimmend beim Entscheid des Oberbundesgerichts wird jedenfalls der Ausfall der kommenden Wahlen sein. Erzielt die Sozialistische Partei, wie zu erwarten ist, einen bedeutenden Zuwachs an Stimmen, so werden sich die Wächter des kapitalistischen Allerheiligsten wohl hüten, den Fortschritt wieder rückgängig zu machen.

Die griechischen Wirren.

Der Widerstand der griechischen Regierung. Bern, 2. Oktober. (S. Z. S.) Französische Zeitungen geben eine Meldung des venezianischen Blattes „Giornale Nuovo“ wieder, wonach man allgemein davon überzeugt sei, daß die Hoffnungen auf ein Eingreifen der griechischen Regierung infolge des Widerstandes hinter den Kulissen zunichte geworden seien. — Weitere Blättermeldungen belegen: General Dellagrammatica, dem vom König Konstantin der Oberbefehl über das erste Armeekorps übertragen wurde, hat einen Tagesbefehl erlassen, in dem er erklärt, daß sich von seinen 600 Offizieren nur sieben Venizelos angeschlossen haben.

Die griechischen Revolutionäre in Mazedonien.

Saloniki, 1. Oktober. (W. Z. V.) Meldung des Reuter'schen Bureaus. Durch einen Erlass des nationalen Verteidigungskomitees werden alle Flüchtlinge und Bewohner von Mazedonien der Klassen 1907—1915 unter die Waffen gerufen; die, welche dem Aufruf keine Folge leisten, werden vor einem Gerichtshof der Revolutionäre zur Verantwortung gezogen werden.

Die Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 2. Oktober. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom 2. Oktober.

An der Persischen Front wurden Angriffe der Russen in der Richtung Develtalad mit schweren Verlusten für sie zurückgeschlagen. Der geschlagene Feind flüchtete in nordöstlicher Richtung.

Kaufasusfront: Scharmützel und an einigen Punkten schwere Infanteriekämpfe.

An den anderen Fronten kein Ereignis von Bedeutung.

An der Galizischen Front erneuerten die Russen ihre Angriffe am Morgen des 1. Oktober. Unsere Truppen schlugen diese Angriffe wiederum gänzlich ab. Die Zahl der von unseren Truppen am 30. September und am 1. Oktober morgens gemachten Gefangenen erhöht sich auf 5 Offiziere und 500 Soldaten.

Die feindlichen Heeresberichte.

Der französische Tagesbericht.

Vom 2. Oktober nachmittags. (W. Z. V.)

Nördlich von der Somme gestattet eine Einzelkampfhandlung den Franzosen, einen deutschen Graben östlich von Vouzavennes zu nehmen und Gefangene zu machen. Die Nacht war sonst überall ruhig.

Flugwesen. Feldwebel Bloch schoß östlich von Bapaume einen deutschen Fesselballon ab. Dies ist der fünfte von ihm abgeschossene Fesselballon.

Orientarmee. An der Struma wiesen serbische Truppen mehrere bulgarische Gegenangriffe gegen die am 30. September eroberten Stellungen ab. Niedergeräumt durch das Sperrfeuer und durch das Maschinengewehrfeuer brachen die bulgarischen Sturmwellen zusammen. Zahlreiche Leichen blieben auf dem Platz. Östlich von der Cerna rückten die Serben in Fortsetzung ihres gestrigen Erfolges um zwei Kilometer nördlich des Kajmakalan vor. Außer der von den Serben erbeuteten Batterie wurden zwei Graben-gepöcke, die von ihnen bei dem heftigen bulgarischen Gegenangriff vom 28. und 29. September verloren worden waren, dem Feinde wieder abgenommen. In dieser Gegend wurden durch die Serben 50 weitere Gefangene eingebracht. Auf unserem linken Flügel zeitweilig ausgedehnte Geschützfeuer ohne Infanterietätigkeit. Der auf diesem Frontteil herrschende Nebel hindert die Operationen.

Vom 2. Oktober abends. (W. Z. V.)

Nördlich der Somme erzielten wir im Laufe des Tages einige Fortschritte im Handgranatenkampf östlich von Vouzavennes. Etwa vierzig Gefangene und sechs Maschinengewehre blieben in unserer Hand. In derselben Gegend wurde eine deutsche Abteilung, die in der Gegend von Epine-Mal Affise unter Feuer genommen wurde, zerstreut und ließ etwa fünfzig Mann auf dem Gelände. Südlich der Somme wurde ein unbedeutender deutscher Angriff gegen einen unserer Gräben südlich von Vermandovillers mähelos abgeschlagen. Das schlechte Wetter behinderte die Unternehmungen auf der ganzen Sommerfront. Auf der übrigen Front zeitweiliges Geschützfeuer.

Flugwesen. Es bestätigt sich, daß der Sergeant Biallet das fünfte deutsche Flugzeug in der Sommegegend abgeschossen hat. Belgischer Bericht. Im Laufe der Nacht und während des 2. Oktober war die Feld- und Grabenartillerie sowohl in der Umgebung von Dirmuiden als auch in der Gegend von Steenstraete und Boeslinge tätig.

Die englische Meldung.

Vom 2. Oktober nachmittags. (W. Z. V.)

Wir haben jetzt unsere Front östlich von Caucourt-Abbaye eingerichtet und die Gebäude des Dries vom Feinde gesäubert. Wir beziehen auch eine Linie von einem 1200 Yards nördlich von Coucelette gelegenen Punkte in der Richtung nach dem heftigen Graben. Wir gaben einen Teil des Regina-Graben auf und unternahm erfolgreiche Heberfälle nördlich von Reubille—St. Vaast und östlich von L'Eventis.

Vom 2. Oktober abends. (W. Z. V.) In und um Caucourt, wo es dem Feinde gelang, wieder in Gebäuden Fuß zu fassen, heftige Gefechte. Wir verbesserten unsere Stellungen bei Coucecourt und Coucelette und nahmen heute einen Offizier und 63 Mann gefangen. Die Flugzeuge bewarfen gestern mehrere Punkte von militärischer Bedeutung mit Bomben. Ein feindlicher Drachenballon wurde in Flammen gefüllt zum Absturz gebracht. Zahlreiche Luftgefechte, in denen zwei feindliche Maschinen zerstört und vier zu landen gezwungen wurden. Wir hatten keine Verluste.

Der russische Kriegsbericht.

Vom 2. Oktober. (W. Z. V.) Westfront: In der Gegend von Karajowia und der Höhen auf dem rechten Ufer der Flota Lipa dauern die erbitterten Kämpfe an. Der Feind, der Gegenangriffe unternahm, wurde durch unser Feuer abgeschlagen; er erlitt große Verluste und ließ 1600 Soldaten als Gefangene in unserer Hand, Dostereicher und zum Teil Ärzten und Deutsche. An der Wjstrzha (Wjstrzha Solotwinska), in der Gegend von Bohorodczany hoben unsere Aufklärungsabteilungen zwei feindliche Feldposten auf, übertrafen ein Hindernis des Gegners und machten Gefangene. In der Gegend der Waldkarpathen bis zur ungarischen Grenze nahmen die Abteilungen der Armee des Generals Leitch im Lauf der Kämpfe vom 19. September bis einschließlich 28. September im ganzen 18 Offiziere, 2508 Soldaten gefangen. Die in derselben Zeit gemachte Kriegsbeute beträgt vier Geschütze, 13 Maschinengewehre, zwei Minenwerfer, einen Bombenwerfer, 75 Kisten mit Munition und Handgranaten, 171 Kisten mit Maschinengewehrmunition, mehrere tausend Gewehre und eine große Menge Patronen.

Kaufasusfront: Es ist nichts von Bedeutung zu berichten.

Kämpfe in Deutsch-Ostafrika.

Laudou, 30. September. (W. Z. V.) Das Reuter'sche Bureau meldet, daß der Feldzug in Ostafrika beinahe beendet ist. Das Hauptereignis in dieser Woche ist die Befreiung von Tabora, wo die Deutschen von schwerer Artillerie über eine Front von ungefähr 30 Meilen aus ihren Stellungen vertrieben wurden. Die Belgier drangen von zwei Seiten in die Stadt ein, während die Deutschen sich rasch zurückzogen.

Le Havre, 1. Oktober. (W. Z. V.) Amtliche Meldung. General Lombez berichtet: Der Feind leistete den belgischen Streitkräften, die Tabora einnahmen, verwehrtsten Widerstand und erlitt schwere Verluste. Er ließ auf dem Schlachtfelde fünfzig gefallene Europäer und über dreihundert schwarze Soldaten; hundert europäische Offiziere und Unteroffiziere und viele schwarze Soldaten wurden gefangen genommen und vier Geschütze, darunter zwei von 105 Millimeter, erbeutet. Bei ihrem Einzuge in Tabora befreiten die Belgier 180 europäische Untertanen der Ententemächte, die Kriegsgefangene oder interniert waren, darunter 103 Engländer und 10 Belgier.

Vom U-Boot-Krieg.

Berlin, 3. Oktober. (W. Z. V.) In der Zeit vom 20. bis 29. September sind in der Nordsee und im englischen Kanal außer den bereits bekanntgegebenen elf englischen Fischdampfern und vier belgischen Seeleuchtern 35 feindliche Fahrzeuge mit rund 14 000 Tonnen

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 3. Oktober 1916. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Armee des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg

Bei Lombartzyde nahe der Küste brachten unsere Patrouillen eine erfolgreiche Patrouillenunternehmung 22 gefangene Franzosen mit.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Die Schlacht nördlich der Somme ging unter andauernd gewaltigem beiderseitigen Artillerie-Einsatz weiter. Nördlich von Thiepval und nordwestlich von Courcellette entrißen wir den Engländern einzelne Grabenstücke, in denen sie sich eingekistert hatten, und erbeuteten mehrere Maschinengewehre. Besonders erbittert wurde zwischen Le Sars und der Straße Ligny—Thillon—Fiers gekämpft. Mit schwersten Opfern erkaufte die Engländer hier einen geringen Geländegewinn beiderseits des Gehöftes Caneourt—Pabbane. Zwischen Guendecourt und Morval hielt unsere Artillerie nach Abwehr von vier am frühen Morgen aus Lesbœufs vordringenden Angriffen die feindliche Infanterie in ihren Sturmstellungen nieder. Starke französische Angriffe an und westlich der Straße Saisy—Rancourt, sowie gegen den Wald St. Pierre Vaast gelangten zum Teil bis in unsere vorderste Verteidigungslinie; sie ist im Nahkampf wieder gebäubert.

Südlich der Somme verschärfte sich der Artilleriekampf an der Front beiderseits von Vermandovillers zeitweise erheblich. Ein französischer Angriffsversuch erstickte im Sperrfeuer.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Von der Seeresgruppe des Generals v. Dingeldey wird gemeldet:

„Der erwartete allgemeine Angriff westlich von Luck gegen Truppen des Generalleutnants Schmidt v. Ruobelsdorf und die Gruppe des Generals von der Marwitz — Armee des Generaloberst v. Terstyanowski — setzte heute (am 2. Oktober) nach außerordentlich heftiger Artillerievorbereitung ein. Von 9 Uhr vormittags ab brach der Angriff los. Unter rücksichtslosem Menschenverbrach stürmten die russischen Korps bis zu zwölfmal, die beiden Gardekorps sogar siebenmal an. Das kürzlich bei Korytnica schwer geschlagene 4. sibirische Armeekorps ist augenscheinlich aus der feindlichen Linie verschwunden. Alle Angriffe brachen unter durchweg hohen blutigen Verlusten des Gegners zusammen. Wo feindliche Abteilungen in völlig zerstörte Gräben eindringen konnten, so nördlich von Zaturcy, wurden sie durch Gegenstoß sofort hinangeworfen. Wiederholt trieb die russische Artillerie durch Feuer auf die eigenen Gräben die Truppen zum Sturm oder suchte die zurückstehenden Angriffswellen zur Umkehr zu zwingen. Es ist festzustellen, daß der vorübergehend in einzelne Gräben eingedrungene Feind unsere dort zurückgebliebenen Verwundeten ermordete. Unsere Verluste sind verhältnismäßig gering.“

Der Erfolg des Gegenangriffs nördlich der Graberka wurde noch erweitert. Die Zahl der eingebrachten Gefangenen erhöht sich auf 41 Offiziere 2578 Mann, die Beute beträgt 13 Maschinengewehre.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

In Fortsetzung ihrer Angriffe am östlichen Ufer der Flota Lipa gelang es den Russen, bis zur Lysonia-Höhe (südöstlich von Brzezan) vorzudringen. Sie sind von deutschen, österreichisch-ungarischen und türkischen Truppen wieder zurückgeworfen.

Nördlich des Dnjestr gelang ein kurzer Vorstoß einer deutschen Abteilung.

Kriegsschauplatz in Siebenbürgen.

In der Gegend von Bekosten (Baranyut), nördlich von Fogarad, stießen vorgehende deutsche und österreichisch-ungarische Truppen auf überlegene rumänische Kräfte, vor deren Angriff sie sich wieder zurückzogen.

(darunter 27 Fischerfahrzeuge) durch unsere U-Boote versenkt und 81 Gefangene eingebracht worden.

Kopenhagen, 2. Oktober. (W. Z. V.) Meldung des Nigauskens Bureaus. In Vadso (Norwegen am Varangerfjord) sind gestern Abend dreißig Mann von den Besatzungen der Bergener Dampfer „Hafnia“ und „Hella“ gelandet. Beide Dampfer sind gestern Vormittag von der russischen Küste, etwa 80 Seemeilen von Aberg entfernt, von einem deutschen Unterseeboot versenkt worden. Die Mannschaften wurden in ihren eigenen Booten vom Unterseeboot in Sturm und Regen nach dem Varangerfjord geschleppt.

Kopenhagen, 3. Oktober. (W. Z. V.) „Nationaltidende“ erzählt aus Kristiania: Die gestern im Eismere versenkten fünf norwegischen Dampfer hatten einen Tonnengehalt von 6262 Tonnen und waren für über 5 Millionen Kronen gegen Kriegsgefahr versichert. Wahrscheinlich wird die Kriegsversicherung heute eine Erhöhung ihrer Prämien eintreten lassen. Der Verlust Norwegens an Schiffen während des Krieges beträgt bisher 216 000 Tonnen, was 8,14 Proz. des Tonnengehalts der norwegischen Handelsflotte bedeutet. Die russische Dampferverbindung zwischen Wardoe und Archangelsk ist wegen der Tätigkeit der deutschen Unterseeboote vorläufig eingestellt worden.

Schweizer Blätter über das Handelsabkommen.

Zürich, 2. Oktober. Die „Neuen Zürcher Nachrichten“ schreiben zum Handelsabkommen mit Deutschland unter anderem: Beide Teile dürfen sich des Abkommens sowohl nach der politischen als nach der wirtschaftlichen Seite hin freuen. Es ist von gegenseitigem Wohlwollen, gegenseitigem Vertrauen und von einem freundschaftlichen Geiste getragen. Es besetzt den Stempel aufrichtigen Bemühens, den gegenseitigen Bedürfnissen

An der Grenze westlich des Roten-Turm-Passes versuchen die Rumänen, unsere Postenlinie zu durchbrechen. Kleine Kämpfe sind dort im Gange.

Im Hockinger (Hatzzeiger) Gebirge wurden feindliche Angriffe abgeschlagen.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Im Rücken der südlich von Bukarest über die Donau gegangenen rumänischen Truppen zerstörten österreichisch-ungarische Monitore die über den Strom geschlagene Pontonbrücke.

Die gestern auf breiter Front aus der allgemeinen Linie Cobadinu—Topyrajar—Tuzla wiederholten feindlichen Angriffe sind abermals an dem Widerstand der tapferen bulgarischen und türkischen Truppen gescheitert. Es wurden über 100 Gefangene gemacht.

Mazedonische Front.

Der Angriff gegen die nordwestlich des Tachinos-Sees über den Struma vorgegangenen Engländer hat Fortschritte gemacht.

Der erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 3. Oktober 1916. (W. Z. V.) Amtlich wird veröffentlicht:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front gegen Rumänien.

Bei Petroseny und im Bereich des Veres Toronyeier (Roten Turm) Passes wurden rumänische Vorstöße abgeschlagen. Bei Baranyut (Bekosten) traf eine Gruppe deutscher und österreichisch-ungarischer Kräfte auf einen starken rumänischen Gegenstoß, der die Verbündeten etwas zurückdrückte.

Seeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Nördlich von Bohorodczany scheiterte ein Uebergangsversuch der Russen über die Wjstrzha-Solotwinska. Südöstlich von Brzezan machte der Feind die größten Anstrengungen, sich in den Besitz der Höhe Lysonia zu setzen; er wurde in erbitterten Kämpfen zurückgewiesen.

Seeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

In Wolhynien brach gestern nach einem durch die feindlichen Niederslagen vom 27. und 28. September erzwungenen Ruckschub ein neuer russischer Ansturm gegen die Armee des Generalobersten von Terstyanowski los. Nach mehrstündigem Trommelfeuer warf der Feind seine Massen gegen die zwischen Swinitsch und Zaturcy stehenden österreichisch-ungarischen und deutschen Streitkräfte. Im Raume von Swinitsch rannte der Feind siebenmal Sturm. Südwestlich von Zaturcy bis zu zwölf Malen. Auch nördlich von Zaturcy bereitete sich der Kampf an. An allen Teilen der angegriffenen Front konnte beobachtet werden, welche reichen Gebrauch der Feind von seinem Geschützfeuer gegen die eigenen Gräben und gegen seine zurückstehenden Regimenter machte.

Die Gefangenen sagen aus, es sei allen Truppen aufgetragen worden, Wladimir Wolhynsk um jeden Preis zu gewinnen. Die neu aufgestellten russischen Garden wurden abermals hingesperrt, zum dritten Male in einer kurzen Spanne Zeit. Aber alle Opfer waren vergebens. Die Russen wurden überall zurückgeschlagen. Unsere Stellungen sind restlos in unserem Besitz. Der Feind hat sich eine neue schwere Niederlage geholt. Die Zahl der in den letzten Tagen südlich von Brady eingebrachten Gefangenen beträgt 41 Offiziere, unter ihnen ein Oberst, und 2578 Mann.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Höhen östlich Görz und die Karsthohefläche stehen andauernd unter lebhaftem Feuer.

An der Picinostalfront hat der Feind seine Angriffstätigkeit wieder aufgenommen. Unsere Stellungen beiderseits des Travnigolotales und mehrere Abschnitte des Fassanerlammes wurden von der italienischen Artillerie stark beschossen. Verlagieri griffen den Colbricon Piccolo wiederholt an, vermolochten das letztemal auch in die zerstörtesten Verteidigungsanlagen einzudringen, wurden aber durch Gegenangriff wieder geworfen, auch ein feindlicher Nachtangriff gegen den Passo di Valmaggiore scheiterte.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Richtig von Bedeutung. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes. v. Saefer, Feldmarschalleutnant.

nach besten Kräften hilfreich gerecht zu werden. Es ist hoch einzuschätzen, daß Deutschland auf alle Forderungen verzichtete, die der Schweiz unter Umständen politische Schwierigkeiten hätten bereiten können. Großzügig ist es auch, daß Deutschland einen Strich durch die restierende Gegenleistung von rund sechzehn Millionen machte. Haben die pendenden Restanzen damit eine vornehme Erledigung gefunden, so nicht weniger die Kohlen-, Eisen- und Stahlversorgung. Damit ist die effektive Sicherung erreicht. Alles in allem: Die Pariser Verhandlungen hatten mit einer Vermittlung der Schweiz geendet, die Berner Verhandlungen sind ein voller Erfolg. Wir danken ihm Deutschland, dem Bundesrat und den Unterhändlern der beiden Staaten. Die Schweiz hat einen alten Freund auf neue kennen gelernt, nicht in Worten, sondern mit der Tat.

Die „Zürcher Post“ schreibt u. a.: Neben der großen volkswirtschaftlichen Bedeutung des Abkommens darf die politische nicht übersehen werden. Sie liegt darin, daß die Schweiz unter schwierigen und außerordentlichen Umständen mit Deutschland ein Wirtschaftsabkommen abschließen konnte, das eine erträgliche Lösung für beide Teile bedeutet. An Vermählungen, das Abkommen zu vereiteln und die Schweiz in die gegen die Mittelmächte gerichtete Wirtschaftsblocade zu zwingen, hat es nicht gefehlt. Wer die Schwankungen der wirtschaftlichen Lage unseres Landes seit Kriegsbeginn und insbesondere seit der Pariser Wirtschaftskonferenz aufmerksam verfolgt hat, ist darüber unterrichtet. Wir erachten es als ein besonderes Verdienst des Bundesrats und seiner Delegierten, daß sie solchen Bestrebungen gegenüber fest geblieben sind und es verstanden haben, die guten wirtschaftlichen Beziehungen mit unserem nördlichen Nachbar in vollem Umfange aufrecht zu erhalten und in wesentlicher Hinsicht zu vertiefen. Wiederholt hat der Bundesrat erklärt, daß er es als die Pflicht unseres Staates ansehe, auch in wirtschaftspolitischen Hinsicht eine volle und ehrliche Neutralität zu bewahren. Das Abkommen mit Deutschland ist als ein erfreulicher Ausdruck dieses festen Willens zu betrachten.

Friedenshoffnungen der „Nation“.

Amsterdam, 2. Oktober. (W. Z. B.) Die radikale englische Wochenchrift „Nation“ schreibt über die Kanzlerrede: Die Erklärung des Kanzlers, daß Deutschland um seine Existenzrechte kämpfe, bedeutet, daß er keine Annerkennung politisch wünscht. Noch bestimmter und wichtiger waren die Worte des Reichskanzlers, in denen er die Erklärung Briand's zitiert und annahm, daß Frankreich für einen soliden, dauernden Frieden auf Grund internationaler Abmachungen kämpfe. Doch der Kanzler diese Erklärung annahm, bedeutet eine Annäherung sowohl an die Politik Bred's, als auch an die Briand's. Obwohl sich erst aus den zukünftigen Ereignissen erweisen muß, was für Folgen diese Erklärung haben wird, können wir nicht umhin, sie als einen Weisheitsanker auf dem Wege nach dem Frieden zu betrachten.

Internationale Abmachungen über Arbeiterschutz auf dem Friedenskongress.

Der Ausschuss des Allgemeinen Verbandes englischer Gewerkschaften hat nach der „Nation“ vom 16. September an Schluß die Bitte gerichtet, die Friedensverhandlungen für Förderung internationaler Gesetzgebung auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes (Arbeitszeit, Ruhepausen, gefährliche Industrien, Nachtarbeit, Kinderarbeit usw.) auszunutzen. Die Anregung wird nach Angabe des Ausschusses von Arbeiterführern in Frankreich, Belgien und Italien unterstützt.

Die „Nation“ bemerkt dazu: Einen Vorgang für ein solches Verfahren würden die Verhandlungen des Wiener Kongresses über Sklavenhandel bilden, und auch ohne einen solchen würde die Anregung allgemeinen Beifall finden.

So könnten wir der Welt beweisen, daß der Verband von großen menschlichen Idealen erfüllt ist und unsere Macht gebrauchen, um Lohnarbeitern in solchen Ländern zu helfen, in denen die Gewerkschaften eine weniger gefestigte Stellung haben als in England.

Organisation des Dauerkrieges.

Aus Amsterdam wird und geschrieben: In Paris tritt im Oktober wieder eine ökonomische Konferenz der Verbündeten zusammen. Die belgische Regierung gibt jetzt die Namen der von ihr ernannten drei Delegierten bekannt. Einer von ihnen ist der sozialistische Abgeordnete von Charleroi Jules Destrée. In dieser Ernennung darf in keinem Fall ein Entgegenkommen gegen die belgische Arbeiterpartei gesehen werden, deren angesehenste Führer sich gegen die Politik ausgesprochen haben, der der auf der Rednertribüne und in Zeitungsartikeln so kampfwütige Aesthet Destrée dienstbar ist. Destrée, der zur annexionsistischen Gesellschenschaft des Herrn de Broqueville gehört, wird wohl auch in dem ökonomischen Fragen einen Standpunkt vertreten, der dem der Masse der belgischen Sozialisten schmerzhaft widerspricht. Bekanntlich haben auch die Parlamentarier und die Presseorgane der französischen Mehrheit den auf der letzten Pariser Konferenz in Aussicht genommenen wirtschaftlichen Dauerkrieg bekämpft. Wenn man von einer winzigen Gruppe emigrierter belgischer Sozialisten absteht, in der Destrée so ziemlich der einzige fähige Kopf ist, so halten die übrigen am Grundlag fest, daß der Krieg, den Belgien für seine Unabhängigkeit unternommen habe, nicht damit enden dürfe, es in Abhängigkeit — sei es auch vom englischen Imperialismus — zu bringen. Ganz abgesehen davon, welches gefährliche Abenteuer eine solche Wirtschaftspolitik für das Land wäre, dessen große Hafenstadt auf Weich und Verderb mit der Entwicklung der Großindustrie und des Welthandels Deutschlands verbunden ist. — Die Ernennung von Leuten wie Destrée zeigt freilich, welche Richtung in der belgischen Regierung derzeit überwiegt hat. Sie dürfte z. B. auch in Holland nicht besonders angenehm gewirkt haben. (2)

Die dänischen Finanzen.

Kopenhagen, 3. Oktober. (W. Z. B.) Der Finanzminister hat heute dem Folkething den Finanz-Gesetzentwurf für 1917/18 vorgelegt. Dabei erklärte er, die Ausfuhr Dänemarks an Landwirtschaftserzeugnissen, 1913 für 554 Millionen Kronen, habe 1915 schätzungsweise 500 Millionen betragen infolge der Ausfuhrsteigerung von Fleisch, besonders Schweinefleisch, Butter und Eiern. Die Ausgaben nach dem Staatshaushalt für 1915/16 hätten die Einnahmen um 70 Millionen Kronen übersteigt, die größtenteils durch Anleihen gedeckt worden seien. Im laufenden Jahre würden die Ausgaben des Militärbudgets etwa 100 Millionen Kronen betragen; die Teuerungsausgaben erforderten etwa 30 Millionen. Für die Jahre 1914/15 erforderten die Verhältnisse des Krieges eine gesamte Mehrausgabe von 200 bis 250 Millionen; davon seien noch 100 Millionen Kronen zu beschaffen, und es würde richtig sein, diesen Betrag rechtzeitig durch eine Anleihe zu sichern. Wenn er noch keinen dahingehenden Vorschlag eingebracht habe, so sei dies geschahen, einerseits, weil man nichts über die Dauer des Krieges wisse, der möglicherweise unerwartet schnell zu Ende gehen könne, andererseits aber der Staatskasse aus anderer Quelle sehr große Beträge zufließen könnten.

„Daily Chronicle“ über die rumänische Kriegslage.

Rotterdam, 2. Oktober. (Z. U.) „Daily Chronicle“ veröffentlicht dem „Nieuwe Rotterdamchen Courant“ zufolge einen Leitartikel über Deutschlands „hinterlistigen“ Angriff auf Rumänien. Das Blatt schreibt, daß die Niederlage, die die Rumänen bei Hermannstadt erlitten haben, eine ernste Sache sei. Der Umfang der Niederlage sei zwar noch nicht klar festgestellt, die Tatsache aber, daß Falkenhayn über diese Truppen Befehl führt, lasse Deutschlands Absichten klar erkennen; da Falkenhayn eben erst von seiner Stelle als Chef des Generalstabes zurückgetreten sei, so dürfte er kaum zugestimmt haben, ohne eine sehr starke Armee an der nördlichen Grenze der Balakae zu erscheinen. Da Madensien gleichzeitig an der Südfront von Rumänien operiere, müsse man annehmen, daß man darauf ausgehe, Rumänien in eine Zwischmühle zu bringen. Das wären sowohl für Rumänien als für dessen Freunde sehr ernste Aussichten.

Der neue russische Minister des Innern.

Petersburg, 3. Oktober. (W. Z. B.) (Wiedung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der neue Minister des Innern, Protopopow, bis jetzt Vizepräsident der Duma, hat in einer den Pressvertretern gewährten Unterredung erklärt, der Krieg müsse, wie furchtbar schwer er auch sei, doch bis zum Ende durchgeführt werden. Der Schwung, der alle Trennungslinien beseitigt und Rußland in dem Streben nach dem Siege geeinigt habe, beweise, daß diese Ueberzeugung auch in das Volksbewußtsein gedrungen sei. — Diese Erklärung des neuen Ministers wurde von der russischen Presse mit großer Befriedigung aufgenommen.

Der kriegswütige australische Premierminister.

Amsterdam, 2. Oktober. (W. Z. B.) Neuter meldet aus Melbourne, daß der australische Premierminister Hughes sich, anknüpfend an die Erklärungen Lloyd Georges, einem amerikanischen Journalisten gegenüber dahin geäußert habe, daß ein vorzeitiger Frieden ein Verbrechen sein würde. Man könne ebensoviele von einem Vergleich zwischen Gut und Böse sprechen, als sagen, daß die zivilisierten Nationen, deren Richtschnur Recht, Gütlichkeit und Freiheit seien, mit dem unzulässigen Despotismus Frieden machen sollten, dessen Motto die Gewalt sei. Ein Frieden sei nur möglich in einer Welt, aus der der Feind des Weltfriedens vertrieben worden sei. Sonst würde sich nur ein neuer, noch furchtbarer Kampf vorbereiten. Weiter meldet Neuter aus Sydney, der Gouverneur von Neusüdwales habe erklärt, daß die Alliierten Blut und Gold umsonst geopfert haben würden, wenn der Sieg nicht endgültig und entscheidend sein werde.

Kleine Kriegsnachrichten.

London, 2. Oktober. Meldung des Reuterschen Bureau. Der Zeppelin wurde über Rotterdam, Widdrecht, einer nördlichen Vorstadt Londons, herabgeschossen. Er abflügte, hatte er 30 Bomben auf eine Strecke von 1 1/2 Meilen abgeworfen. Die meisten fielen auf freies Feld; ein anderer Zeppelin warf 30 Bomben ab, die auch größtenteils auf freies Feld niederfielen. Es wurde ein Mann getötet. Das ist das einzige tödliche Unglück, das durch die zehn Luftschiffe verursacht wurde.

Kopenhagen, 3. Oktober. (W. Z. B.) „Nationaltidende“ meldet aus Kalmö: Das schwedische Kriegsministerium beschäftigt sich mit dem Plan, alle in diesem Jahre in Militärlisten eingetragenen jungen Schweden, die sich gegenwärtig im Auslande aufhalten, zum Zweck ihrer Rekrutenausbildung einzuberufen.

Politische Uebersicht.

Die Kanzlerfronte.

Unmittelbar vor dem Zusammentritt des Reichstags faßte die „Frankf. Btg.“ in einem energisch zupackenden Artikel ihr Urteil über die „Fronte“ in den Worten zusammen, man habe „diesem nationalpolitischen Helotentum, das sich alles herausnehmen zu können glaubt, weil es sich bei jeder Gelegenheit mit seinem Patriotismus brüsst, schon im Frieden viel zu lange untätig zugehört“. Die ewige Ueberspannung des nationalen Machtgedankens könne zuletzt die Geister so verblöden und die Gemüter so verwildern, daß sie zu jeder Willkür und Unterscheidung unfähig und zu sprengenden Elementen werden. An dieses Urteil wird man auf neue erinnert durch die jüngste Aktion der alldutschen Fronteure. Wie das „Berliner Tageblatt“ mittelt, hat der „Volksausschuss für rasche Niederkämpfung Englands“ in München ein Anschreiben an Reichstagsabgeordnete gerichtet, denen in Form von Fragen diktiert werden soll, wie sie in der Kommission und, wenn die Kommissionsverhandlungen ergebnislos verlaufen, im Plenum des Reichstages aufzutreten haben. Eine dieser Fragen lautet: „Sind Sie bereit, im Plenum des Reichstages lediglich die Sache unseres Volkes zu führen?“ Mit Recht hat darauf der freisinnige Abgeordnete Konrad Sauermann in einem Briefe an den Ausschussvorsitzenden Prof. Gruber das Treiben des Münchener „Volksausschusses“ als Machenschaften eines aufgeregten und gemeinschaftlichen politischen Dilettantismus gezeichnet. Die hier geschilderte „Aktion“ ist aber nicht die einzige, die von Seiten der Alldutschen unternommen wird, um auf die Reichstagsabgeordneten einen Druck auszuüben. Wie das „Berliner Tageblatt“ gleichfalls mittelt, ist einer Reihe konservativer und nationalliberaler Abgeordneter ein vertrauliches Schreiben zugegangen, in dem von neuem in den allerschärfsten Ausdrücken gegen den Kanzler Sturm gelaufen wird und die Abgeordneten aufgefordert werden, auf die Entlassung des Herrn v. Bethmann Hollweg zu dringen. Das Schreiben verlangt zunächst die Erörterung der politischen Lage nicht hinter verschlossenen Türen der Kommission, sondern im Plenum des Reichstags, fordert dann die Freigabe der Erörterung der Kriegsziele und erklärt, daß in der Politik, namentlich gegenüber den neutralen Staaten, künftig nur noch das Gesetz der Rücksichtslosigkeit gelten dürfe. Daran schließt sich eine Aufzählung der bekannten alldutschen Annexionsziele an und eine heftige Kritik an der Art unserer Kriegführung zur See. Dann werden schließlich die Gründe aufgezählt, die für eine Entfernung des Herrn v. Bethmann Hollweg vom Kanzleramt sprechen. Es heißt da unter anderem:

a) Herr v. Bethmann Hollweg hat sich vor und während des Krieges gänzlich unfähig erwiesen, das politische Ansehen des Deutschen Reiches zu wahren und die militärischen Erfolge unseres glorreichen Heeres wirksam auszunutzen.

b) Vor dem Kriege hat der Reichskanzler eine Politik der schwächlichen Nachgiebigkeit gegen alle unsere Feinde, vor allem gegen England, befolgt, und dadurch bei den Feinden den Glauben erweckt, Deutschland liege sich eher alles bieten, als daß es zum Schwert griffe, es erscheine also weder innerlich fest noch äußerlich stark genug, sein Recht auf weltwirtschaftliche Entwicklung geltend zu machen.

c) Herr v. Bethmann Hollweg selbst hat dem britischen Vorkämpfer Goshen gegenüber am Tage der englischen Kriegserklärung erklärt, seine Politik der Verständigung mit England sei zusammengebrochen. Ein Mann, der eine so falsche Politik jahrelang betrieben hat, eine Politik, die statt der „Verständigung“ zum Weltkrieg geführt hat, ist unfähig, weiterhin an leitender Stelle zu stehen. Er selbst hätte damals die Folgerungen für sich ziehen müssen aus dem Zusammenbruch seiner Politik, er hätte seinen Abschied nehmen müssen. In Verblendung über sich selbst, hat er es nicht getan. Der Reichstag ist dafür da, ihr öffentlich den Spiegel vorzuhalten.

d) Während des Krieges hat Herr v. Bethmann Hollweg Fehler auf Fehler schwerster Art begangen: er hat das maßlos verderbliche Wort gesprochen vom „Unrecht“, das wir gegen Belgien durch „Neutralitätsverletzung“ begangen haben; ein Wort, so unklar in sich und so abträglich für Deutschland, daß es nur aus läugerischem Feindesmunde hätte stammen dürfen; er hat trotz großer Siege unseres Heeres seine jammervolle Friedenspolitik der Schwächlichkeit zum größten Schaden Deutschlands fortgesetzt.

e) Herr v. Bethmann Hollweg hat weder vor noch während des Krieges gewußt, wie die Dinge eigentlich standen. Wer soll Bethmann's Nachfolger werden? Das ist zunächst Sache des Kaisers. Aber ein Name drängt sich auf, zumal im Hinblick auf England: Tirpitz.

Unterzeichnet ist dieses Schreiben u. a. von Graf Goensbroeck, Admiral v. Knorr, Geheimrat W. Rörling, Ernst Haackel usw. Politiker von irgendwelcher Be-

deutung haben das Schreiben nicht unterzeichnet, allein schon die Unterschrift W. Rörtings zeigt, daß diese „Aktion“ eine Fortsetzung desselben Feldzuges ist, den Herr Rörting im Namen einer Versammlung in Hannover in seinem bekannten Briefe an Hoffmann ankündigte. Inhaltlich enthält das „Vertrauliche Schreiben“ nichts Neues. Es ist im Grunde nur eine Variation derselben Melodie, die in den Schriften von Kapp und Junius alter erlangt und allmählich in den „Alldutschen Blättern“ wiederholt wird. Eine Forderung dieses Schreibens kann allerdings auch von den entschiedensten Gegnern der Alldutschen und ihrer Treibereien akzeptiert werden: das ist die der offenen Erörterung der politischen Lage im Plenum des Reichstags und der Freigabe der Kriegsziele der Erörterung. Wird diese Forderung endlich befriedigt, so wird der tolle Spuk der alldutschen Treibereien vor der ersten Sachlichkeit verschwinden, mit der die breite Öffentlichkeit die Gegenwarts- und Zukunftsfragen des deutschen Volkes erörtern wird.

Ein englisches Urteil über Graf Reventlow.

In einer eingehenden Besprechung der dritten Auflage von Reventlows Buch über Deutschlands auswärtige Politik (1888 bis 1914) in der „Nation“ vom 16. September (deren Verfasser sich bemüht, den Inhalt objektiv anzudeuten) heißt es zum Schluß:

„Es ist nicht leicht, einem merkwürdigen Buch, dessen Wert nur in Einzelheiten nachgeprüft werden kann, in einer kurzen Uebersicht gerecht zu werden. Unglücklicherweise gibt der Graf keine Gelegenheit an, und seine sorgfältige und — soweit es seine heftige Voreingenommenheit gestattet — ehrliche Erzählung beruht fast überall auf seinen eigenen, durch nichts gestützten Behauptungen. Er hat aber im Mittelpunkt der Ereignisse gestanden, und seine Bemerkungen über die Entwicklung der deutschen öffentlichen Meinung und die Haltung der Staatsmänner beruhen stets auf intimer Kenntnis. Das Buch sollte sorgfältig studiert und, wenn die Urheberrechtsverletzungen überdummen werden können, möglichst bald überfegt werden. Keine andere Urkunde zeigt so deutlich, durch welche tragische Anbetung der Gewalt, durch welche leichtfertigen Mißverständnissen die Katastrophe dieses Krieges über uns gekommen ist.“

Der Haushaltsausschuss des Reichstags

setzte am Dienstag seine vertraulichen Besprechungen fort, ohne sie zu beenden. Sie werden heute (Mittwoch) weitergeführt. Morgen (Donnerstag) sollen die Kommissionsverhandlungen wieder aufgenommen werden.

Aus dem Reichstage.

Die Tagesordnung der auf Mittwoch, den 11. Oktober, vormittags 11 Uhr, verlegten Sitzung des Hauses lautet:

1. Beratung des schleunigen Antrags der Mitglieder des Reichstags: Verstein und Genossen, betr. Aufhebung des gegen den Abgeordneten Dr. Viehnecht bei dem Militärgericht anhängigen Strafverfahrens und Aufhebung der Unterhüchungsfrist für die Dauer der Sitzungsperiode.
2. Erste Beratung der Mitteilungen des Rechnungshofs zu der Schulgebührenrechnung 1910.
3. Erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstags.
4. Erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betr. den Landtag für Elsaß-Lothringen.
5. Erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, betr. Änderungen des Gerichtsfolgenrechts, der Gebührenordnung für Rechtsanwälte und der Gebührenordnung für Gerichtsvolksrichter.
6. Münchener Bericht des Ausschusses für den Reichshaushalt über auswärtige Politik usw.

Neuer Stellvertreter des Kriegsministers.

Berlin, 3. Oktober. (W. Z. B.) Generalleutnant v. Schöler, Kommandeur einer Division, ist durch Allerhöchste Kabinettsorder in das Kriegsministerium berufen und soll den Kriegsminister nach dessen besonderer Anweisung vertreten.

Um die Jugend.

Der „Katholische Anzeiger“ für die Diözese Trier veröffentlicht den „Wochenspiegel der Bischofskonferenz“ aus Anlaß der im Reichstag erfolgten Annahme der Vereinsgesetze. Für die Wichtigkeit des Vorklausis zeichnet der Kardinal Dr. von Hartmann. Der Vorklausis ist eine Umwandlung der Präsidien (die dem Bischof unterstehenden geistlichen Leiter) der katholischen Jugendvereine. Es wird darin u. a. gesagt: Die durch den neuen Paragraphen 17a eingetretene Veränderung werde „eine sehr intensive Umwandlung der Jugendlichen seitens der verschiedenen Gewerkschaften zur Folge haben.“ Damit wird in recht unburgfriedlicher Weise auf die Gefahr der „sozialistischen Gewerkschaften“ hingewiesen, durch die die Schulentwässerung zunächst den konfessionellen Standesvereinen entzogen würden. Um dem entgegenzuwirken, sollen die Geistlichen ihren Einfluß auf die Eltern, bei Volksschulen, Predigten, Konferenzvorträgen und in persönlichen Verkehr, auch durch die Müttervereine, die Standesvereine und durch besondere Elternabende geltend machen. Direkte Einwirkung auf die Kinder wird empfohlen bei dem religiösen Abgabunterricht vor der Schulentlassung und durch gedruckte Aufforderungen. Also Kattaktion im vertikalen Parteinteresse innerhalb der Schule! Wünschenswert sei auch die Mitwirkung der katholischen Lehrerschaft“ sowie die Mitarbeit von Förderungs- und Schulkomitees. Aus dem weiteren ergibt sich, daß man die Jugendgewinnung, Absonderung und „Belehrung“ in ganz systematischer und viel nachhaltiger Weise als bisher betreiben wird. Die christlichen Gewerkschaften sollen gemäß den „leitenden Bestimmungen“ (1) auch in Zukunft den konfessionellen Jugendvereinen die religiösen, sittlichen, die bildenden und unterhaltenden Aufgaben der Jugendpflege „uneingeschränkt und ungehindert“ überlassen; in anderen Fällen, so sagt der Vorklausis, würden auch dadurch die katholischen Schulentwässerung den katholischen Jugendvereinigungen allmählich entfremdet werden. Zum Schluß wird erneut „auf die Notwendigkeit eines dem reiferen Jugendalter angepaßten konfessionellen Religionsunterrichts in den Fortbildungsschulen“ hingewiesen, wie man ja überhaupt gerade von kirchlicher Seite seit einiger Zeit den zwangsweligen Religionsunterricht für Fortbildungsschüler wieder mit besonderem Nachdruck verlangt.

Der Vorklausis der zu Sulda versammelt gewesenen deutschen Bischöfe ist nur ein Glied in der langen Kette der Vorklausis, die die Widersacher unserer Weltanschauung für die Zeit nach dem Kriege bereits getroffen haben; ja sie warten nicht einmal das Ende des Weltkrieges ab, und der von oben herab ernannte sogenannte Burgfriede ist für sie in keiner Weise ein Hindernis.

Letzte Nachrichten.

Luftkampf bei Jeebrügge.

Berlin, 3. Oktober. (W. Z. B.) Am 1. Oktober nachmittags verfolgt ein Seeflugzeug der See-Flugstaffel Jeebrügge ein feindliches Seeflugzeuggeschwader. Im Verlaufe der sich entwickelnden Gefechte wurde ein feindliches Flugzeug abgeschossen. Die eigenen Flugzeuge sind sämtlich unbeschädigt zurückgekehrt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Teuerungszulage der Kistenmacher.

In der Branchenversammlung am Montag wurde ausgeführt, daß die Kistenmacher in der Durchführung der für die Holzindustrie vereinbarten Teuerungszulage von 25 Proz. auf Schwierigkeiten gestoßen ist, weil sich die Kistenfabrikanten darauf berufen, daß sie aus der Arbeitgeberorganisation der Holzindustrie ausgestiegen sind — was den Arbeitern bisher nicht bekannt war — und daß sie die Vereinbarung deshalb nicht angehe. Daraus erklärt es sich wohl, daß erst der kleinere Teil der Kistenfabrikanten die Zulage bewilligt hat, während die Arbeiter in den meisten Fabriken nicht gerade ablehnend entschieden, sondern auf die nächsten Tage vertröstet worden sind. Die Fabrikanten haben sich übrigens zu Verhandlungen mit der Arbeiterorganisation bereit erklärt. Die Versammlung war sich darin einig, daß man auf die Verhandlungen wohl eingehen könne, daß aber an der allgemeinen Gewährung der Zulage von 25 Proz. festgehalten und nur in den Betrieben gearbeitet werde, wo diese Zulage bewilligt wird. Dem in diesem Sinne gehaltenen Beschluß, den die Vertrauensmänner vorige Woche saßten, trat die Versammlung bei.

Deutsches Reich.

3200 Mark Lohn gerettet.

Eine Solinger Stahlwarenfabrik, die im Frieden keine Waffen macht, hatte die Fabrikation von Seitengewehren übernommen, ohne dem Waffenfabrikantenverein beizutreten. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der drei Hauptgruppen der Waffenarbeiter sind zwischen deren Organisation, dem Solinger Industriearbeiterverband und dem Waffenfabrikantenverein tariflich geregelt. Die dort festgesetzten Preise hat auch der Stahlwarenfabrikant anstandslos bezahlt, ebenso die sonstigen Arbeitsbedingungen eingehalten. Eine Forderung in den Vorschriften der Herstellung von Seitengewehren machte eine Änderung des Tarifvertrages notwendig, die in einem Punkt eine Ermäßigung des Preises einer Teilarbeit, in einem andern Punkt eine Erhöhung mit sich brachte. Der Stahlwarenfabrikant ließ nun den Vertrag für sich nur bezüglich der Ermäßigung gelten, jedoch nicht im andern Punkt. Vor dem Gewerbeamt berief er sich darauf, daß er nicht an den Vertrag gebunden sei, da er dem Waffenfabrikantenverein nicht angehört. Das Gewerbeamt erkannte an, daß ein Tarifvertrag nur die beteiligten Organisationen binde. Der außerhalb der Organisation stehende, könne nur durch Verhandlung oder Arbeitsverweigerung zur Anerkennung gezwungen werden. In diesem Falle aber habe der Unternehmer sofort die für ihn günstige Änderung des Vertrages akzeptiert und auf seine Arbeiter angewandt, dann müsse er auch die für die andere Seite günstige Änderung anerkennen. Das Gericht verurteilte den Fabrikanten dem Klageantrag entsprechend. Für die Arbeiter hat das Urteil die Folge, daß der Fabrikant 3200 M. Lohn nachzahlen muß.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1915.

Aus der im „Zentralblatt“ der christlichen Gewerkschaften veröffentlichten Abrechnung geht hervor, daß die christlichen Gewerkschaften unter dem Einfluß des Krieges stark gelitten haben. Die Mitgliederzahl der angeschlossenen Verbände, die am Ende des Jahres 1913 noch 341 735 betragen hat, war bis Ende 1914 auf 218 197 zurückgegangen und betrug am Schluß des Jahres 1915 nur noch 162 425. Die eingetretene Verluste sind bei den einzelnen Organisationen sehr verschieden. Während der Gewerbeverein der Heimarbeiterinnen als einziger seine Mitgliederzahl von 8379 Ende 1913 auf 12 915 Ende 1915 steigern konnte, sind bei einigen Verbänden die Verluste ganz außerordentlich groß. Auffällig ist es, daß auch die den christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Verbände von Staatsarbeitern gegenüber dem Stand von 1913 zum Teil erhebliche Verluste aufweisen. So ging die Mitgliederzahl der Bayerischen Eisenbahner von 28 557 auf 23 196 zurück; die der Deutschen Eisenbahner gar von 27 323 auf 18 110. Geringer war der Rückgang der Württembergischen Eisenbahner von 4099 auf 3960.

Als stärkste der christlichen Gewerkschaften steht die der Bergarbeiter mit 34 020 Mitgliedern immer noch an der Spitze; Ende 1913 hatte sie 63 120 Mitglieder. Einen jähen Abbruch erlitten die Bauarbeiter von 42 441 auf 3808 Mitglieder. Die Metallarbeiter gingen von 41 013 auf 16 027, die Textilarbeiter von 37 109 auf 18 217, die Holzarbeiter von 17 689 auf 4062 zurück. In ähnlichem Maße wurden die meisten Gewerkschaften betroffen; verhältnismäßig wohl am stärksten die Maler, die Ende 1913 noch 4065, Ende 1915 aber nur noch 475 Mitglieder zählten. Das Vermögen der christlichen Gewerkschaften, das im Jahre 1914 von einer Steigerung von 9 062 786 M. auf 9 727 358 M. erfahren hatte, ging im Jahre 1915 auf 7 545 376 Mark zurück. Entsprechend dem Mitgliederabgang hat sich auch der Kassenumsatz verringert. Die Gesamteinnahmen betragen 3 317 847 M., die Gesamtausgaben 3 505 807 M.

Ganz ohne Streikunterstützung sind auch die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1915 nicht ausgekommen. Die

Abrechnung bezeichnet für diesen Zweck eine Ausgabe von 15 138 Mark. Die Uebersicht über die Lohnbewegungen weist deren 880 mit 20 826 beteiligten Personen auf, von denen 643 Bewegungen mit 11 482 Beteiligten allein auf die Metallarbeiter entfallen. Von den Lohnbewegungen haben die christlichen Gewerkschaften 244 allein geführt, 636 in Beteiligung mit anderen Organisationen. Als Ergebnis der Lohnbewegungen wird angegeben: in 658 Fällen voller, in 94 Fällen teilweiser Erfolg und 128 Bewegungen waren erfolglos; in 24 Fällen wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen.

In gewisser Hinsicht interessanter noch als der eigentliche Bericht über die christlichen Gewerkschaften sind eine Reihe der ihm vorausgeschickten allgemeinen Betrachtungen.

Verhältnismäßig viel Raum wird der Berufung des Generalsekretärs der christlichen Gewerkschaften Stegerwald in den Vorstand des Kriegsernährungsamtes gewidmet. Recht nett setzt sich das Zentralorgan der christlichen Gewerkschaften mit gewissen Zentrumsmitgliedern auseinander. Wenn es auch die Namen Erzberger und Heim nicht nennt, so werden diese Herren es doch gut verstehen, wenn das „Zentralblatt“ schreibt: „Die öffentliche Meinung wird systematisch gegen jede Maßnahme des Kriegsernährungsamtes aufgebracht von Leuten, die — nun, die nicht in das Amt berufen wurden.“ Im übrigen nimmt das Blatt für die christliche Arbeiterbewegung in Anspruch, daß sie sich durch die Mitwirkung Stegerwalds im Kriegsernährungsamt keineswegs die Hände für die Kritik gebunden habe.

Recht vielversprechend ist der Hinweis auf die künftige Wirtschaft-, Handels- und Steuerpolitik. Gerade soziale Steuerpolitik kann viel dazu beitragen, einen Rückfall der Volkswirtschaft in das überwundene Stadium vorwiegender Arbeit für die Bedürfnisse der Besitzenden und Reichen zu verhindern. Man wird allerdings christliche Taten abwarten müssen, ehe man beurteilen kann, ob dort wirklich der Wille vorhanden ist, die vorwiegende Arbeit für die Bedürfnisse der Besitzenden und Reichen zu verhindern.

Das „Zentralblatt“ kommt dann auf das Zusammenwirken der drei großen Gewerkschaftsrichtungen in praktischen Fragen zu sprechen. Angesichts der ständig wachsenden Konzentration im Unternehmertum hält es diese praktische Gemeinschaftsarbeit für äußerst wichtig. Gegenüber lautgewordenem Zweifel, ob dieses Zusammenarbeiten nicht die Preisgabe grundsätzlicher Anschauungen bedinge, wird darauf hingewiesen, daß gerade während des Krieges die christlich-nationale Arbeiterbewegung ein Programm geschaffen habe, das jetzt mit einer Einführung und Erläuterungen des grundsätzlichen Teiles veröffentlicht wird. Auf die Werbestärke dieses Programms setzt die christliche Arbeiterbewegung große Hoffnung. Es wäre unnützlich, darüber zu streiten, ob diese Hoffnung berechtigt ist. Jedenfalls zeigt diese theoretische Arbeit der christlichen Arbeiterbewegung, daß sie sich zum Geisteskampf mit ihren Widersachern rüstet.

Die modernen Gewerkschaften kann diese Rüstung nicht schaden. Sie werden auch in Zukunft überall dort die Führung behalten, wo es gilt, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu heben. Wenn die christlichen Gewerkschaften mit ihnen eifrig weiterfeiern wollen, unter Verzicht auf Beitreibungen, die die Arbeiter schädigen, dann könnte man das nur begrüßen. Allerdings würden die christlichen Gewerkschaften ihre Existenzberechtigung verneinen, wollten sie ohne jede Rücksichtnahme auf die politischen Interessen der Zentrumsparlei ausschließlich sich der Vertretung der Arbeiterinteressen widmen. Aber, warten wir ab.

Aus der Partei.

Die Remscheider Genossen gegen die Beitragsperre.

Eine Versammlung der Remscheider Genossen vom 11. September sah mit 50 gegen 36 Stimmen einen Beschluß auf Beitragsperre. Dieser Beschluß machte die Einberufung einer Kreisversammlung notwendig, zu der am Sonntag die Delegierten gewählt werden sollten. Die zu diesem Zwecke nach dem Volksbause in Remscheid einberufene Mitgliederversammlung war von 122 Personen besucht. Der Versammlung lagen zwei geschlossene Delegiertenlisten vor: eine Liste der Befürworter der Beitragsperre und eine Liste der Gegner der Beitragsperre. Die Parteivertrauensleute waren, wie immer bei solchen Gelegenheiten, um Vorschläge ersucht worden, und von diesen 22 einzeln befragten, tätigen Vertrauensleuten hatten sich 17 als Gegner der Beitragsperre und nur 5 dafür erklärt. Die überwiegende Mehrheit der Vertrauensleute empfahl also der Versammlung die Wahl von 10 Vertretern, die Gegner der Beitragsperre und damit Gegner des in der Versammlung vom 11. September mit 14 Stimmen Mehrheit angenommenen Antrages sind.

Nach der sehr ausgedehnten Debatte wurde abgestimmt. Für den Vorschlag der Vertrauensleute stimmten 84 Mitglieder, gegen den Vorschlag stimmten 38 Mitglieder, so daß die Delegiertenliste der Gegner der Beitragsperre mit einer Mehrheit von 46 Stimmen angenommen wurde. Diese Mehrheit erreicht nahezu die Zahl der Stimmen, die in der Versammlung vom 11. September für den

Antrag auf Vornahme der Beitragsperre überhaupt abgegeben wurden (50).

Damit ist praktisch der Beschluß vom 11. September aufgehoben und auf der Kreisversammlung dürfte nunmehr der Antrag einstimmig oder nur gegen wenige Stimmen abgelehnt werden. In den anderen 17 Orten des Wahlkreises hat sich bisher keine Stimme für die Beitragsperre hören lassen.

Aus Industrie und Handel.

Die Dividendenbegrenzung in Italien.

Ein Erlass vom 7. Februar 1916 begrenzt die Dividenden in Italien auf höchstens 3 Proz. jährlich auf das eingezahlte Kapital. Die Begrenzung betrifft sowohl Aktiengesellschaften wie andere Gesellschaftsformen. Die Dividendenhöhe darf nur dann überschritten werden, wenn eine höhere Dividende als 8 Proz. in den beiden Jahren vor dem Kriege verteilt worden ist. Zweck des Erlasses ist der Zwang zur Auffüllung der Reserven. Die Gesellschaften sollen veranlaßt werden, sich auf die Friedensaufgaben zu rüsten. Eine Ausnahme besteht insofern, als die unverwendeten Gewinne der Erhöhung des Aktienkapitals dienen dürfen. Eine Reihe von Unternehmen hat diese Erlaubnis benutzt, um den Aktionären oder Anteilhabern Gratiskonten oder Gratiskonten zu gewähren. Man hat vielfach versucht, den Erlass zu umgehen. Nach englischen Mitteilungen erregt ein Umgehungsfall besonderes Aufsehen. Und zwar betrifft er die Societa di Navigazione alta Italia, die ihren Sitz in Turin hat. Dieses Unternehmen hat von allen italienischen Schiffahrtsgesellschaften die höchsten Gewinne erzielt. Für das Jahr 1915 betrug bei einem Aktienkapital von 3 1/2 Millionen Lire der Gewinn 15 Millionen Lire. Vor dem 7. Februar, also noch vor dem Inkrafttreten des genannten Erlasses, hat die Gesellschaft aus ihrem Gewinn bereits eine Interimdividende von 40 Proz. verteilt. Um nun den Erlass noch weiter zu umgehen, hat die Generalversammlung die Liquidation der Gesellschaft beschlossen. Schiffe und Liegenheiten sollten zu Geld gemacht und die erzielten Summen verteilt werden. Die Presse nahm dagegen energisch Stellung, so daß die Regierung ein neues Dekret erließ und zwar im September, wodurch derartige Umgehungen unmöglich gemacht werden sollten. Die Regierung hat eine besondere Aufsicht errichtet. Diese Aufsicht hat Umgehungsfälle anzugeben. Die betreffenden Beschlüsse werden dann für nichtig erklärt. Die Direktoren sind haftbar für die Erstattung der Einkommen- und Kriegsgewinnsteuer an die Regierung. Die Geschäftswelt protestiert heftig gegen die Schärfe des Gesetzes. Sie ist auch keineswegs mit der Höhe der Kriegsgewinnsteuer einverstanden. Die italienischen sozialistischen Blätter verlangen im Anschluß daran eine radikale Enteignung aller Kriegsgewinne. Die italienischen Kapitalisten scheinen der Behauptung des Handelsministers keinen Glauben, wonach die angeführte Maßnahme nur den Zweck habe, die Reserven zwangsweise zu steigern, um die Gesellschaften im Hinblick auf die Friedenszeit auf eine kräftige Grundlage zu stellen.

Gerichtszeitung.

Ein gefährlicher Dummerjungenstreich.

Um eine Jugentgleisung einmal sehen und ihr aus nächster Nähe beizohnen zu können, hat der 13-jährige Schüler Robert Rother aus Strausberg einen gefährlichen Streich verübt, der nicht nur um ein Haar verhängnisvolle Folgen für eine größere Anzahl Menschen gehabt hätte, sondern auch für ihn selbst ein schwerwiegendes gerichtliches Nachspiel gezeitigt hat.

Er stand gestern wegen Eisenbahntransportgefährdung vor der 3. Strafkammer des Landgerichts III. Wie die Beweisnahme ergab, hatte der Angeklagte, ein Dreifährer, in Gemeinschaft mit einem anderen Jungen, der wegen mangelnder Einsicht von der Strafbarkeit seiner Handlung nicht verurteilt werden kann, eines Tages in der Nähe von Hohenschönhausen auf dem Eisenbahngelände eine dort befindliche Weiche umgestellt und dann noch einen großen Holzstapel auf die Schienen gelegt. Der eingestandene Zweck dieser „Spieleerei“ war, den bald fälligen Zug zur Entgleisung zu bringen, um ein solches Unglück einmal richtig sehen zu können. Zum Glück wurde ihnen jedoch dieser Wunsch nicht erfüllt, denn ehe der Zug herangebraut kam, wurde das freibehaltene Spiel von einem revidierenden Bahnbeamten entdeckt und das Hindernis beseitigt. Das Gericht erkannte zwar, im Gegensatz zur Verteidigung den Dreizehnjährigen für voll verantwortlich haltend, auf das Mindestmaß, das hier in Betracht kommen konnte, dieses belies sich jedoch schon auf die schwere Strafe von 1 Jahr Gefängnis. Außerdem erhielt er noch wegen eines Diebstahls 1 Woche Gefängnis, so daß er im ganzen ein Jahr und eine Woche Gefängnis zu verbüßen hätte. R. wird aber der bedingten Begnadigung empfohlen werden.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittig. Zunächst kühl und pichelig kälter, stellenweise Nachtfrost. Später etwas fortschreitende Zunahme der Bewölkung, langsame Erwärmung und im Westen wieder etwas Regen.

Morgen (Donnerstag) mittags 1 Uhr: Zeichnungsschluß der Kriegsanleihe.

<p>Alkoholl. Getränke Franz Abraham Fam. Meeslin- u. Römertrank-Kell. C. 15 Karlstr. 5a. Fernn. Kst. 13708</p> <p>Bade-Anstalten Neukölln Anzengruberstr. 25. Diana-Bad Koppenstr. 35 sämtliche Bäder. National-Bad, Brunnenstr. 2. Passage-Bad Kottbuser-Damm 79. Bäcker- u. Konditoreien Oskar Hanke's Brothack. 75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins sowie in Neukölln u. Treptow Geogründet 1892. F. Klosewetter, Schivelbeinerstr. 14. G. Meyer, Grünerweg 27. Otto Wolff, Leipziger, Kröllstr. 16 Zechan, Gr.-Lichterf., Gansesstr. 154</p>	<p>Erscheint 2 mal wöchentlich. Bandagen, Summlw. R. Hauke, Stralauer Str. 54. E. Kraus, Kommandantenstr. 55. A. E. Laugo, Brunnenstr. 154</p> <p>Butter, Eier, Käse Wilhelm Göbel 25 eigene Filialen.</p> <p>Gebrüder Manns 48 eigene Detailgeschäfte</p> <p>Schröter, R. 43 Verkaufsstellen 43</p> <p>Uhly & Wolfram</p>	<p>Bezugsquellen-Verzeichnis.</p> <p>August Holz 15 Detail-Geschäfte. Brauerei Bötzw empfehlte Qualitätsbiere ersten Ranges. C. Habels Brauerei hell - Habelbräu - dunkel. Münchener Brauhaus Berlin und Oranienburg Trinkt Wanninger Bier! Weissbier, C. Breitbaupt, Falkenbergstr. 37. Tel. Egd. 2861, 2862</p>	<p>Drogen und Farben Werder-Drogereie, Britz, Haldensleben Essigfabriken Timmer-Essig überall erhältlich! Eisen, Stahl, Waffen, Werkz. Carl Jung, Stromstr. 31. Rühlmann, P. Mälderstr. 40b, E. Sauer Flisch- u. Wurstw. W. Beck Inh.: Herm. Gorbach Charlottenburg, Berlinerstr. 68-69 Flisch- und Wurstwarenfabrik Willy Gericks, Peterburgerstr. 31 Otto Kogel, Alte Jacobstr. 26 Herron- u. Knabengard Baderstr. 24, Ecke Prinzen-Allee. J. Baer Laska & Slespecki, Schick-Allee 7</p>	<p>Fabriz & Co. Rosenthalerstr. 3. Eckhaus Linienstr. Hüte, Mützen, Pelzwaren Vester, E. Kottbuser-Damm 18/19 Kolonialwaren Adam Schmilg, Schillmannstr. 11. Kaffee-Rösterei Amerikan. verteilbare Spezialitäten Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade etc. Hamburger Kaffee-Importgeschäft Emil Tengelmann Mehlhandlungen Bethke, Georg, Markauerstr. 44 Neukölln, Elberstr. 23, Kaiser-Friedr. Str. 64, Weinstr. 153, Friedländerstr. 23 Treptow, Grüt-Str. 44. Gaeger, Otto Charlottenburg</p>	<p>Untenstehende Geschäfte empfehlen sich h. Einkauf. F. W. Sichter Wrangelstr. 75 Ecke Cuvrystr. Kurz-, Woll-, Wollw., Trikotag. Hermann Meyer, Schivelbeinerstr. 11. Photogr. Apparate M. Albrecht 80, Kottbuserstr. 9. auch Gelegenheitsakt. Nähmaschinen Bellmann, E. Golbowestr. 26 Nähmaschinen</p> <p>Singer Nähmaschinen Läden in allen Stadtteilen. Optiker, Mechaniker Schubert, Carl. N. Klein, Borzestr. 148 Schreibwaren O. Frochnow, Müllershermannstr. 63</p>	<p>Weine, Liköre, Fruchtsäfte Hugo Boling 60 Filialen in allen Stadtteilen. Herm. Meyer & Co., Act.-Ges. ca. 550 Verkaufsstellen. Gr.-Berl. Underberg Brennkanp SEMPER IDEM anerkannt bester Bitterlikör Uhren u. Goldwaren Lehmann, Alb., Frankf. Allee 43 Versicherungen „Deutschland“ Berlin Arbeiterversicherung — Schützen- Sterbekassenversicherung, Straße 3. Spandau Scheuerlein, Brühlstr. 35, Fisch-, Wriezenerstr.</p>
---	--	--	--	---	---	--

Chronik des Weltkrieges.

4. Oktober 1914.

Auf dem westlichen Kriegsschauplatz geht der Kampf am rechten Heeresflügel und in den Argonnen erfolgreich vorwärts.

Die Operationen vor Antwerpen und auf dem östlichen Kriegsschauplatz vollziehen sich planmäßig und ohne Kampf.

Nach einer französischen Meldung beschossen die deutschen Kreuzer „Scharnhorst“ und „Gneisenau“ am 22. September vor Papete auf Tahiti das kleine Kanonenboot „Jélic“, das in den Grund gehohrt wurde. Hierauf beschossen sie die Stadt und fuhren dann weiter.

Die „Staatsbürger Zeitung“ gibt ihren antisemitischen Charakter auf, und zwar, wie sie erklärt, „nicht nur für den Krieg, sondern auch für den Frieden“.

Ein Erlass des Kaisers zur Abhilfe der Not in Ostpreußen wird bekanntgegeben.

4. Oktober 1915.

Westlicher Kriegsschauplatz: Vor Zeebrügge erschienen fünf englische Monitore, die ein wirkungsloses Feuer auf die Küste eröffneten. Drei belgische Bewohner fielen dem Feuer zum Opfer. Die deutsche Küstenartillerie traf einen Monitor, der schwer beschädigt abgeschleppt werden mußte.

Nördlich von Loos und südlich des Souchez-Baches wurden französische Angriffe abgeschlagen.

Auch in der Champagne brachen französische Angriffe im deutschen Gewehrfeuer zusammen.

Ostlicher Kriegsschauplatz: Nach ausgiebiger Artillerievorbereitung unternahmen die Russen auf der ganzen Front zwischen Postawo und Smorgon einen Angriff, der unter starken Verlusten zusammenbrach.

Auch an der Düna wurde ein russischer Vorstoß abgewiesen. An der Tiroler Front eskalierten die Italiener lebhaftere Tätigkeit. Die österreichischen Truppen behaupteten jedoch alle ihre Stellungen.

Nach einer Meldung des „Secolo“ haben die Allierten in Solonik unter dem Befehl des Generals d'Amade Truppen gelandet.

Das tägliche Brot.

Der Kampf um die Kartoffeln.

In der in Varenth erscheinenden „Frank. Volkstribüne“ lesen wir:

Die lang erwartete Bestimmung, wonach es den Familien ermöglicht wird, ihren Bedarf an Kartoffeln direkt beim Produzenten zu decken und einzufleisen, ist nun seit einiger Zeit herausgegeben worden, aber es stellen sich jetzt der Kartoffelverbraucher neue Schwierigkeiten entgegen. Diese liegen aber nicht in den Vorschriften über die Kartoffelverteilung, sie sind vielmehr in der Eile der Produzenten, noch höhere Preise für ihre Kartoffeln zu bekommen, begründet. Die vor dem 1. Oktober geltenden hohen Kartoffelpreise haben bei vielen Landwirten das Verlangen erweckt, diese Preise auch für die Winterkartoffeln beizubehalten. Die Kartoffelverbraucher bekommen jetzt von den Landwirten vielfach zu hören: „Um 4 M. oder 4,50 M. für den Zentner geben wir keine Kartoffeln ab, da schütten wir sie lieber selbst ein.“ Das ganz unverständliche Verlangen gewisser Leute, Preise von 6 und 7 M. für den Zentner zu erhalten, hat in den Konsumentenkreisen begreiflicherweise die größte Erbitterung hervorgerufen. Man sollte meinen, ein Preis von 4 M. wäre wahrhaftig so hoch, daß manchem Landwirt die Schamröte ins Gesicht steigen müßte, wenn er über diesen Preis fordert.

Welche Wirkung hat nun die agrarische Obstruktion gegen den jetzt bestehenden Höchstpreis? Zunächst wird die Einfeldung mit Kartoffeln direkt beim Erzeuger bei vielen Familien illusorisch gemacht. Sie sind weiterhin gezwungen, den Kommunalverband, in diesem Falle die Kartoffelabgabe der Stadt, zu belästigen, was naturgemäß bei größeren Anforderungen zu Störungen führen muß. Was aber die Hauptsache ist: die vorhandenen Kartoffelvorräte, die in Massen gelagert werden müssen, erzeugen viel mehr Verluste durch Fäulnis, als wenn sie in einzelnen Haushaltungen eingelagert werden. Diese Verluste müssen eintreten, weil die Profitgier mancher Erzeuger so weit getrieben ist, daß sie keine Grenzen kennt. Ein Verständnis für die Leiden ihrer Mitmenschen haben manche Leute eben nicht. Es wäre an der Zeit, daß diesen Auswüchsen auf dem Lebensmittelmarkt von den zuständigen Stellen wirksam an den Kraken gegangen würde.

Die Notlage der Landwirtschaft.

Die glänzenden Abschlüsse der landwirtschaftlichen Kreditorganisationen sind dahin gedeutet worden, daß sich die Landwirtschaft in einer Lage befindet, so günstig wie noch nie. Die enormen Preise für landwirtschaftliche Produkte haben den Landwirten Summen Geldes zugeföhrt, die weit über das hinausgehen, was sie in Friedensjahren eingenommen haben. Unter diesen Umständen ist es ein recht klüßes Unterfangen, wenn in einer Zeitschrift an die „Kreuzzeitung“ „Bewiesen“ wird, daß dieser gewaltige Geldausfluß gerade ein Beweis für die wachsende Notlage der Landwirtschaft ist! Die Einseitigkeit stellt sich, daß die hohen Preise, die heute an die Landwirte bezahlt werden, der Verteuerung des Betriebes in keiner Weise entsprechen und im Anschluß daran wird dann ausgeführt:

„Bei der Industrie spricht man von Verdienst erst dann, wenn sämtliche Betriebsanlagen erheblich abgeschrieben sind, wenn für die Reserve zurückgelegt sind und dann bei niedriger Berechnung der noch vorhandenen Vorräte sich noch ein Ueberschuß ergibt. Eine solche Gewinnerrechnung ist in der Landwirtschaft unbekannt und am allerwenigsten ist die Allgemeinheit geneigt, sie auf landwirtschaftliche Verhältnisse anzuwenden.“

Letzteres müßte aber gelassen, denn Ansprüche und Anforderungen, die sonst regelmäßig jährlich in landwirtschaftlichen Betrieben erfüllt werden müssen, müssen zurückgestellt werden, weil die Arbeitskräfte zur Erfüllung der Anforderungen nicht vorhanden sind. Dringend notwendige landwirtschaftliche Baustoffe, Reparaturen und Revisionsarbeiten von Maschinen, Instandhaltung und Ausbesserung von Wirtschaftsgütern, Instandhaltung von Gräben und Ausführung allmählich fortschreitender Meliorationen, alles muß zurückgestellt werden. Dazu kommt, daß die Landwirtschaft in wirtschaftlicher Hinsicht einer vollkommen unklaren Zukunft entgegenseht. Die Lohn- und Wohnungsansprüche werden sich steigern, der Landwirt wird, um fremde Arbeitskräfte überhaupt zu erhalten, neue Wohnungsverhältnisse zur Verfügung stellen müssen. Da während des Krieges der Gebrauch künstlicher Düngemittel sehr beschränkt war, und der Grund und Boden dadurch sehr entkräftet wird, so werden nach dem Kriege erhöhte Anforderungen erforderlich sein, um die Wirtschaft durch vermehrten Gebrauch von künstlichem Dünger wieder auf den alten Stand zu bringen.“

Nach dieser Kennzeichnung der „Notlage“ der Landwirtschaft macht der Verfasser Vorschläge zur Beseitigung dieses Elends, die in dem Vorschlag gipfeln, die Höchstpreise entweder zu erhöhen oder sie ganz aufzuheben, um dem freien Spiel der Kräfte wieder Raum zu schaffen. Er sagt nämlich:

„Es ist daher dringend erforderlich, bei der Preisbemessung für die landwirtschaftlichen Produkte Preise in Aussicht zu nehmen, die dem Landwirt ein reichliches Auskommen gewähren, und vor solchen Preisen nicht zurückzuweichen, selbst wenn der eine oder andere Landwirt dabei verhältnismäßig zu viel zu verdienen scheinen sollte. Das ist auch im Interesse der Verbraucher das allein Richtige, das auch in diesem Kriege immer mehr anerkannt worden ist: denn was nützen niedrige Höchstpreise, wenn zu diesen niedrigen Höchstpreisen nichts zu kaufen ist? Die Grundfrage, die zu lösen ist, bleibt doch immer, daß die nötigen Lebensmittel beschafft werden, und dabei ist die erste Voraussetzung zum Durchhalten die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion mit allen nur möglichen Mitteln, selbst wenn diese Mittel auch in höheren Preisen bestehen sollten.“

In einer Zeit, in der Millionen schwer zu kämpfen haben, um den großen Lebensunterhalt bestreiten zu können, fordert man also für die Landwirtschaft ein reichliches Auskommen. Wie man dieses Verlangen in Einklang bringen will mit der steten Verschärfung der Opferwilligkeit der Landwirtschaft, das begreife wer will.

Der ganze Artikel aber ist offenbar der Sorge entsprungen, daß die erhöhten Einnahmen der Landwirtschaft zur Steuer herangezogen werden könnten. Nach der von dem Verfasser des Artikels aufgestellten Theorie dürfte bei den Landwirten nur der Teil des Einkommens besteuert werden, der nach Abzug der gegenwärtigen und der künftigen Ausgaben übrig bleibt. Würde man diese Theorie auf alle Erwerbshände anwenden, dann könnte der Staat den größten Teil seiner Steuerlasten einfach schieben, sie würden zu einer zwecklosen Einrichtung. Man wird ganz im Gegensatz zu dem Mitarbeiter der „Kreuzzeitung“ verlangen müssen, daß die Landwirte bei der Steuerbelastung scharf herangezogen werden, denn es wäre in der Tat nicht zu verstehen, wenn ihnen auch auf diesem Gebiet Zugeständnisse auf Kosten der breiten Massen gemacht würden.

Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Verbandsbureau Lindenstraße 3.

4. Hof 3 Treppen.

Das Bureau ist vormittags von 9 bis 1 Uhr und nachmittags von 4 bis 7 Uhr geöffnet.

Alle den Verband betreffenden Zuschriften und Geldsendungen sind nur an Richard Herbst, Lindenstr. 3, 4. Hof 3 Treppen, zu richten.

Aus Groß-Berlin.

Vor dem Abschied.

Draußen in Treptow liegen die umfangreichsten Laubenkolonien. Wer sich das richtige Bild von dieser Groß-Berliner Schöpfung des Volkgeistes machen wollte, müßte dort hinaus wandern. Hunderttausende taten es, freuten sich nicht minder als die Kolonistenfamilien selbst. So groß wie Treptower Park und Plänterwald zusammengenommen ist das schöne Städtchen dem mageren Sandboden abgerugener Natur. Mit den Jahren war System in das Treptower Laubland gekommen. Hier hat der Laubenkolonistenverband, um sich vom Generalpächtertum freizumachen, seine feste Stütze. In jahrelanger, hienensleißiger Bearbeitung gab der Boden schon recht gutes her. Die Obstbäume tragen reichlich, die Laubenwohnungen sind immer gemütlicher geworden, dichtes Buschwerk beschattet die vielen Einzelkolonien. Trotz des Gewirrs von Lauben herrscht peinliche Ordnung. Ueberall sieht man die sorgsame Hand, die jede freie Stunde benützt, um sich ein Schmucknestchen zu bauen in der freien Natur. Das soll nun gar bald anders, ganz anders werden. Mit Bangen sehen die Treptower Laubenkolonisten dem Schollenabschied für immer entgegen.

An dem rohgezimmerten, von Wind und Wetter grau geräucherten Tisch vor der Laube sitzen zwei Feldgrauen. Im Gleichklang der Seelen haben sich die beiden Schollenmachern zusammengefunden. Ein Jahr ist es her, als sie auch hier saßen und vom baldigen Frieden sprachen. Und noch immer wütet der schreckliche Krieg. Der Jüngere blinzelt zu dem Älteren hinauf. Der starrt wortlos in die Herbstsonnenglut, die versinken will am Horizont. „Freund, was ist dir? Ja doch, auch ich sehe das blutige Rot am Himmel. Morgen müssen wir beide wieder hinaus gegen den Feind. Aber mir ahnt, wir kehren wieder wie jeden Tag die Sonne.“ Der andere wehrt ab. „Nein, du irrst, an solchen Abschied dachte ich nicht. Sieh' dort die treue Kameradin, wie sie versonnen zupft an den letzten Bohnen. Der Abschied geht ihr nahe, von mir und von der Scholle... jetzt im Herbst. Die Blätter fallen und draußen wie die gelben Blätter hier fallen frische, vollsaftige Menschen. Als ich auf Urlaub kam, sah es nicht so gut aus wie sonst. Hast es ja auch erfahren, bei dir drüben. Zwei kräftige Arme fehlten. Von den Augen las sie mir die Gedanken ab. „Nann, sei nicht böse“, hat sie gesagt, „diesmal ist der Boden mit Tränen gedüngt, und auf Tränen gedeiht nicht das Allerbeste“. Da habe ich sie in die Arme genommen und mich gekreuzt wie ein Kind, daß unsereiner draußen in der tosenden Schlacht nicht vermissen ist. Und nun soll ich fort von hier, fort wie du. Schwerer als je fällt mir das Scheiden... im Herbst. Schon zählen wir alle die Jahre, die uns noch duften in Laubenzäuber, an den Fingern einer Hand. Ein Massensterben wird es für die Naturfreunde. Bald drängt sich ungestüm der Wohnungsbau in unser schönes Sommerreich. Was mit Mühe urbar gemacht wurde, ist dem Steinriesen verschrieben.“ Die Sonne leuchtet nur noch im schmalen, fahlen Streif. Der Hauch des Herbstabends raschelt durch Baum und Strauch, kräftig drückt der jüngere Feldgrau dem Freunde die Hand. „Sah das Gräbeln. Wenn's Zeit ist, brechen wir ab und bauen anderswo auf. Gute Saat schießt überall in die Halme.“ Es gelingt ihm schlecht, das Verhüten. Auch ihm ist ja das Scheiden so schwer... von den Seinen und von der Scholle.

Lebensmittelfragen.

Ist die Kartoffelversorgung gesichert?

Die Kartoffelversorgung war in den letzten Tagen wieder mal ins Stocken geraten. Es wird in Aussicht gestellt, daß die Verzögerung der Lieferungen sehr bald beseitigt sein werde. Hoffen wir, daß diese Ankündigung sich erfüllt. Die Stöckung soll daraus zu erklären sein, daß die Zufuhren wegen der Landbestellungsarbeiten unterbrochen wurden. Für die Groß-Berliner Gemeinden blieben in dieser Zeit die Zufuhren erheblich hinter den Mengen zurück, die ihnen von der Reichskartoffelstelle auf dem Papier zugeteilt sind. Dadurch sind nicht nur die laufenden Lieferungen, sondern auch die Vorbereitungen für die Winterversorgung beeinträchtigt worden. Die Gemeinden haben Einrichtungen geschaffen, um sofort mit dem Einmieten und Einstellern beginnen zu können. Es kommt nur darauf an, daß es nicht zu gegebener Zeit an dem Wichtigsten, an den Kartoffeln, fehlt. Wünschenswert ist auch, daß dann nicht die Bagengestellung der Eisenbahnen sich verzögert. Die nach Berlin zu liefernde Kartoffelmengen für private Abnehmer, die zum Zweck der Winterversorgung vorbestellt haben, beläuft sich auf eine halbe Million Zentner.

Zur Milchnot.

Die Verminderung der Milchzufuhren bereitet jetzt den Groß-Berliner Gemeinden ernste Sorgen. Die Nachricht, daß die Interessengemeinschaft märkischer Milchproduzenten ihren Betrieb einstellt, zeigt, wie groß die Milchnot ist. Wenn die Interessenten verringerte Milchmengen gar nicht erst nach Berlin schicken weil es für sie nicht mehr hinreichend lohnt, so kann das für die Großstadtbewölkerung sehr gefährlich werden. Diese Art, die Fragen der Lebensmittelversorgung vom Standpunkt des persönlichen Vorteils aus zu beurteilen, würde durchaus zu den privatwirtschaftlichen Grundfäden passen. Sie ist aber schwer vereinbar mit den Pflichten der Opferfreudigkeit, die man in dieser Zeit von uns allen fordert.

Die Herabsetzung der Eierration.

In der Eierversorgung hat die neueste Wendung eine unangenehme Ueberraschung für Berlin gebracht. Die Reichseierstelle, die für das ganze Deutsche Reich die Verteilung regelt, hatte zunächst ein Ei pro Woche in Aussicht gestellt. Allerdings befürchtete man von vornherein, daß die Ration auf ein Ei pro zehn Tage würde eingeschränkt werden müssen. Für Berlin, wo die Eierkarte nach Wochenabschnitten eingeteilt ist, mußte das technische Schwierigkeiten bringen — abgesehen von dem Unerfreulichen der Nahrungsmittelbeschränkung, die sich daraus ergab. Mit Rücksicht auf die Berliner Eierkarte versprach die Reichseierstelle, für Berlin an der Ration von einem Ei pro Woche festzuhalten. Die Zentraleinkaufsgesellschaft kündigte dann an, daß sie an Berlin wöchentlich 2000 Kisten zu je 24 Schöck liefern werde. Durch Säulenanschlag wurde bekanntgegeben, daß pro Woche ein Ei die künftige Ration sei. Und ausgerechnet am ersten Tage, wo diese Regelung galt, warf die Reichseierstelle alles wieder um. Das eine Ei wurde statt für sieben Tage für zehn Tage zugebilligt, und die Zentraleinkaufsgesellschaft verringerte ihre Lieferung von 2000 Kisten auf 1500 Kisten pro Woche. Behauptet wird, daß es an Eiern nicht fehlt. Die Reichseierstelle verfolge aber die Politik, Eier in Küßhäufchen zu legen, damit später die nötigen Mengen vorhanden sind. Dabei sollen nach dem Urteil von Sachverständigen gerade die jetzt eingelegten Eier sich zur Aufbewahrung über Winter nicht eignen, so daß man später den Schaden sehen werde. Es geht mit der Eierversorgung wieder mal so, wie mit der sonstigen Versorgungsregelung. Wieder sind die Großstädter schlechter gestellt als die Landbewohner die „an der Quelle sitzen“.

Von den Berliner Volksspeisungen.

Bei den Volksspeisungen der Stadt Berlin ist die Zahl der Teilnehmer auf jetzt annähernd 54000 gestiegen. Der Beharrungszustand ist aber immer noch nicht erreicht, so daß man noch weitere Zunahme erwarten darf. Unter den einzelnen Küchen sind die besuchtesten die in der Wörfter Straße und in der Landsberger Allee mit 10000 und 10000 Teilnehmern. Den geringsten Betrieb haben die erst neu eingerichteten Küchen am Luisenpark und am Markhelneplatz mit nur 2500 und 3500 Teilnehmern. Bei voller Entwicklung aller jetzt bestehenden Küchen wird auf im ganzen 60—70000 Teilnehmer gerechnet. In der jetzigen Gesamtzahl von 54000 Teilnehmern sind übrigens annähernd 20000 Schulkinder einbegriffen. Sie werden mitgezählt, nachdem nunmehr die Uebernahme der Schulspeisungen durch die Stadt erfolgt ist.

Die Bureauezeit der Bezugsschein-Ausfertigungsstellen.

Die Durchführung des kürzlich von uns gemachten Vorschlages, bei den Ausfertigungsstellen für Kleiderbezugsscheine die Bureauezeit an den Wochentagen bis in die späteren Abendstunden auszudehnen und auch am Sonntag in den Vormittagsstunden die Bureaus offen zu halten, würde sicherlich vielen sehr willkommen sein. Was sollen diejenigen machen, die sich den Bezugsschein selber besorgen müssen, aber während der jetzigen Bureauezeit der Ausfertigungsstellen nicht abkommen können, weil ihre Erwerbsarbeit sie noch in Anspruch nimmt? Daß der 7-Uhr-Schluß für die Ausfertigungsstellen zu früh ist, beweist der Andrang, den die Bureaus jedesmal noch kurz vor Tagesabgang haben. Da gibt es dann leicht unfreundliche Auseinandersetzungen, wenn um 7 Uhr die noch nicht Abfertigten unberichteter Sache heimgehen sollen. Ein Leser schreibt uns, daß er in einer Ausfertigungsstelle von Berlin-Südwest bei seinem Eintreffen um 10 Minuten vor 7 Uhr — er konnte nicht früher kommen, weil er seine Arbeitsstätte in einem anderen Stadtteil hat und bis nach 6 Uhr dort festgehalten wurde — den Raum des Bureaus noch überfüllt vorfand. Als es 7 Uhr wurde, warteten noch immer viele auf Abfertigung und schließlich wurde er samt anderen zurückgewiesen mit den Worten: „Kommen Sie nicht so spät!“ Auf seine Erwiderung, er sei doch vor 7 Uhr gekommen, da habe er doch wohl Anspruch auf Abfertigung, mußte er sich sagen lassen: „Halten Sie den Mund und verlassen Sie auf der Stelle den Raum!“ Der offenbar keinen Widerspruch tragende Herr sagte noch eine Bemerkung hinzu, die darauf schließen läßt, daß er im Umgang mit Menschen eine kräftige Ausdruckswelle liebt. Solche Zurückweisungen von Leuten, die erst am Abend kommen können und dann bei Schluß der Abfertigungen überzählig bleiben,

würden seltener werden, wenn man die Bureauezeit bis 8 Uhr ausdehnen und auch die Vormittagsstunden vom Sonntag dazu nähme. Auch den Vorschlag wiederholen wir, die Ausfertigungstellen zu vermehren, womit die einzelnen Bezirke verkleinert und die Ansammlungen der Besucher verringert würden. Die Ueberbürdung der in den Ausfertigungsstellen tätigen Personen und die den Besuchern zugemutete lange Geduldprobe machen es nur zu begreiflich, daß bei den einen wie bei den anderen eine Nervosität entsteht, die in unangenehmen Zusammenstößen sich Luft macht.

Die Verordnung über die Regelung des Fleischverbrauchs vom 21. August 1916 sieht im § 7 die Möglichkeit vor, Fleischarten gegen Bezugskarten auf andere Lebensmittel umzutauschen. Der Magistrat Berlin will versuchen, eine Regelung in diesem Sinne vorzunehmen. Es ist in Aussicht genommen, als Ersatz für die Fleischarten Bezugsarten auf Gruppen, Griech. Käsefrüchte und Teigwaren zu geben und zwar in der gleichen Menge, auf die die Fleischarten lauten.

Diejenigen Berliner Einwohner, die ihre Fleischarten umzutauschen wünschen, werden demgemäß aufgefordert, sich spätestens bis zum 10. Oktober d. J. bei der für sie zuständigen Brotkommission unter Vorlegung der Fleischarten, deren Umtausch gewünscht wird anzumelden.

Sofern sich die Durchführung dieser Absicht verwirklichen läßt, wird denen, die sich angemeldet haben, weitere Ratschläge zugehen. Die Fleischarten verbleiben bis dahin den Antragstellern.

Zu der Brotkommission.

Neben ungehörige Behandlung in einer Brotkommission veröffentlicht der „Lokal-Anzeiger“ folgende Zuschrift:

„Eines Tages kommt nach der Brotkommission Steinmehlsstraße ein junges Mädchen mit den Worten: „Ich möchte eine Zusatz-Brotkarte.“ Darauf wird ihr der Bescheid von einer weiblichen Angestellten zuteil: „Darum haben Sie zu bitten; wer bittet, der bekommt eine Zusatzkarte.“ Das junge Mädchen, nicht auf den Mund gefallen, erwidert: „Darum habe ich nicht zu bitten, sondern die Karte steht mir zu.“ Nach einigen Auseinandersetzungen wurde das Mädchen von einem Angestellten „zum ersten, zweiten und dritten Male“ aufgefordert, das Zimmer zu verlassen, falls sie sich nicht eines Hausfriedensbruchs schuldig machen wolle. Das junge Mädchen mußte nun das Zimmer verlassen, ohne eine Zusatzkarte erhalten zu haben.“

Die hier berichtete Behandlung schließt sich dem von uns mitgeteilten Fall in der Samariterstraße würdig an. Glücklicherweise bleiben dies Einzelfälle. Aber auch hier sollte mit dem eisernen Besen ausgefegt werden.

Kleinhandelspreise für frische Seefische bester Qualität für Mittwoch, den 4. Oktober 1916.

Schellfische, Klein (bis 1/2 Pfund) 1,13 M., mittel (von 1/2 bis 1 Pfund) 1,25 M., groß (mit 1 bis 1 1/2 Pfund) 1,38 M., große (von 1 1/2 Pfund und mehr) 1,57 M.; Kabeljau, Klein (bis 1 1/2 Pfund) 0,88 M., mittel (von 1 1/2 bis 4 Pfund) 1,06 M., große (von 4 Pfund und mehr) 1,28 M. ohne Kopf (im Durchschnitt) 1,88 M.; Schollen, kleine (bis zu 1/2 Pfund) 0,88 M. (Zufuhr genügend).

Gerahdete Vergehen gegen die kriegswirtschaftlichen Verordnungen.

Das Polizeipräsidium teilt folgendes mit: Im Monat September 1916 sind im Landespolizeibezirk Berlin wegen Vergehen und Uebertretungen der kriegswirtschaftlichen Verordnungen auf dem Gebiete des Lebensmittelverkehrs bestraft worden: 27 Schlächter, 104 Gemüsehändler, 40 Kolonialwarenhändler, 43 Milchhändler, 15 Bäcker, 20 Verkaufserinnen, 6 Schankwirte, 2 Fischhändler, 4 Konfitürenhändler, 5 Privat, 3 Butterhändler, 6 Seifenhändler, 2 Geflügelhändler, 3 Fierhändler und 8 Kaufleute.

Das Schweigegebot eines Arztes.

Darf man in Wartezimmern der Ärzte sich die Langeweile durch Unterhaltung vertreiben? „Aber gewiß doch!“ wird wohl jeder antworten, der schon oft bei einem Arzt im Wartezimmer eine Stunde und mehr hat absitzen müssen. Selbstverständlich wäre es nicht zulässig, sich dort so andauernd und lebhaft zu unterhalten, daß man andere Wartende belästigt oder gar den Arzt in seinem Sprechzimmer stört. Auch ist von jedem Redeliebenden wenigstens soviel Rücksicht gegenüber Kranken zu fordern, daß er es sich verneimt, Krankheitsgeschichten zu erzählen. Daß aber ein Arzt in seinem Wartezimmer jede Unterhaltung verbieten zu dürfen glaubt, ist uns neu. Diesen Einfall hat ein in Berlin im Hause Schönhauser Allee 90 wohnender Arzt Dr. Seligsohn gehabt, dessen Wartezimmer infolge seiner umfangreichen Tätigkeit für Krankenlassen meist recht hübsch besetzt ist. In dem Wartezimmer sieht man an einer Wand folgenden Anschlag: „Zur Beachtung! Es wird hierdurch ersucht, jede Unterhaltung im Wartezimmer zu unterlassen, im anderen Falle sehe ich mich gezwungen, die betreffenden Patienten zurückzuweisen.“ Und an einer anderen Wand desselben Raumes mahnt ein zweiter Anschlag nochmals kurz: „Jede Unterhaltung im Wartezimmer ist untersagt.“ Wohl gemerkt: „jede“ Unterhaltung soll im Wartezimmer des Herrn Dr. Seligsohn unterbleiben! Das ist denn doch, finden wir, ein reichlich starkes Stück. Einer, der zu seinen Patienten gehört, schreibt uns, das Wartezimmer eines Arztes sei doch kein Gefängnis. Aber die Drohung bei Verletzung des Schweigegebotes die betreffenden Patienten zurückzuweisen, ist wohl nicht ernst gemeint. Wenn Dr. Seligsohn seinen Privatpatienten zeigen will, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat, so kann ihn das niemand wehren. Gönnen wir ihm den Luxus, wenn er ihn sich zu leisten vermag. Kassenpatienten dagegen, die er etwa wegen verbotswidriger Unterhaltung zurückweise, würden bei ihren Kassenvorständen gegenüber einem solchen Arzt allen Schutz erhalten müssen. Der Kassenarzt hat nach seinem Vertrag unter Befolgung der ihm gegebenen Vorschriften den Mitgliedern der Kasse die gewünschte Hilfe zu gewähren und darf keinen zurückweisen, der sich nicht unangemessen betragt. Will Herr Dr. Seligsohn vielleicht behaupten, daß in seinem Wartezimmer „jede“ Unterhaltung als ein unangemessenes Betragen zu gelten habe und durch Zurückweisung zu ahnden sei? Wenn er so verfährt, wie er droht, könnte er bei einem Kassenpatienten mal recht böse anlaufen.

Straßenbahnfreunden in Karlshorst.

Wer die Stadt-, Ring- und Vorortbahnen, die Hoch- und Untergrundbahnen, die Straßenbahnen nur an schönen Sommer-sonntagen zu Ausflügen benutzt, kennt die Unzulänglichkeit der Verkehrsmittel Groß-Berlins noch nicht ganz. Er schimpft über die Schwierigkeit, einen Platz zu kriegen, und schreit über die kaum noch erträgliche Zusammenpferdung, die den Fahrgästen zugemutet wird. Aber er weiß nicht, daß an Wochenenden in den Stunden, wo Arbeiter und Angestellte ihre Fahrten nach oder von den Stätten ihrer Beschäftigung machen, die Zustände nicht besser und oft sogar noch schlimmer sind. Sehr unangenehm kann die Unzulänglichkeit der Verkehrsmittel den Vorortbewohnern werden, die manchmal nur wenig Fahrgelegenheit haben und beim

Verfagen ihrer vielleicht einzigen Straßenbahnlinie gänzlich abgehängt sind. So schreibt uns ein Leser unseres Blattes, daß in Karlshorst sich an jedem Morgen ein Kampf um die Straßenbahnwagen abspielt, die von Friedrichsfelde kommen und über Karlshorst nach Ober- und Nieder-Schöneweide fahren. Viele Arbeiter, die in den Vororten an der Schlessischen Bahn wohnen, aber in Ober-Schöneweide und Umgebung ihre Arbeitsstätten haben, sind auf Benutzung der Straßenbahn von Karlshorst aus angewiesen. Nun ist es in letzter Zeit ein paarmal vorgekommen, daß Straßenbahnwagen aus Friedrichsfelde in den Stunden des starken Morgenverkehrs ohne Beiwagen in Karlshorst eintrafen, so daß von den 40-50 hier wartenden Personen viele nicht mitgenommen werden konnten. Da müßte keine Aufregung, kein Schimpfen und kein Fluchen — beim besten Willen hätte in den überfüllten Wagen niemand mehr hineingepfropft werden können. Ob die Angabe, daß in Friedrichsfelde der Beiwagen infolge eines technischen Mangels sich nicht habe antupeln lassen, den Tatsachen entspricht, möge dahingestellt bleiben. Manche der abgewiesenen Fahrgäste sahen sich genötigt, ihren Weg zu Fuß fortzusetzen, weil sie nicht beim nächsten Wagen den Kampf um einen Platz nochmals mitmachen wollten. Dem Einsender der Beschwärde passierte es bei einem solchen Marck, daß er zu spät an seine Arbeitsstätte kam. Er fragt, ob die Straßenbahngesellschaft, wenn sie Monats- oder Wochenkarten ausgibt und das Geld dafür einsteckt, nicht auch für Bereitstellung einer hinreichenden Anzahl Wagen zu sorgen hätte. Wir sind der Meinung, daß dies allerdings ihre Pflicht wäre. Soll man das Ausbleiben des Beiwagens aus einer Rücksichtslosigkeit gegen die Fahrgäste erklären oder war wirklich Mangelhaftigkeit der Kuppelungsvorrichtung die Ursache? Das eine wäre so schlimm wie das andere.

Brüder „Kriegsandalen“.

Für kinderreiche, aber geldarme Familien ist in dieser Krieg- und Feuerungszeit die Sorge um die Anschaffung des Schuhwerks der Kinder eine der drückendsten. In Britz wandte sich eine Arbeiterin, deren Mann seit Anfang August 1914 zum Heeresdienst einberufen ist, an die Gemeindeverwaltung mit der Bitte, ihr für drei Kinder im Alter von 4-11 Jahren das fehlende Schuhwerk zu gewähren. Sie mußte eine Vernehmung im Armenbureau über sich ergehen lassen, wurde später noch in ihrer Wohnung von dem Armenvorsteher besucht, der sie nochmals gründlich anfragte und harpte dann des Bescheidens. Bald erhielt die Frau denn auch die frohe Botschaft, daß sie sich das Schuhwerk im Rathaus abholen könne. Sie ging hin und empfing für die drei Kinder drei Paar sogenannte „Kriegsandalen“, an denen die teuren Ledersohlen durch hölzerne Bretter mit aufgenagelten Lederstücken ersetzt waren. Nach etwa 14 Tagen kam aus dem Rathaus eine — Zahlungsaufforderung! Die Armenverwalterin teilte mit, daß durch Beschaffung von drei Paar Kriegsandalen für die Kinder eine Ausgabe von 3,50 M. und 4 M. und 4,50 M., zusammen 12 M. entstanden sei. Diese 12 M. sollte die Mutter binnen einer Woche an die Gemeindefasse zahlen, oder sie sollte sich darüber erklären, in welchen Teilbeträgen sie abzahlen wolle. Das war eine nicht geringe Ueberraschung für die Arbeiterin. An die Gemeinde hatte sie sich wegen der Schuhwerklieferung gewandt in der Erwartung, daß man ihr das Schuhwerk kostenlos geben werde. Sie erinnerte sich nicht, daß irgendwer ihr gesagt hätte, sie werde die „Kriegsandalen“ selber bezahlen müssen. Weder bei ihrem Besuch auf dem Armenbureau, noch bei dem Besuch des Armenvorstehers in ihrer Wohnung, noch bei der Abholung des Schuhwerks hatte sie aus den mit ihr geführten Verhandlungen den Eindruck, daß man ihr eine Kostenrechnung ins Haus schicken werde. Und nun verlangten sie von ihr 12 Mark! Die Frau lief zum Rathaus und fragte, ob man ihr als Arbeiterin nicht das Schuhwerk für die Kinder umsonst überlassen könne. Nein, das könne man nicht, wurde ihr geantwortet. Da ihr Ehemann österreichischer Staatsangehöriger sei, so habe sie keinen Anspruch auf ganz oder teilweise kostenloses Gewährung von Schuhwerk. Danach entschloß sich die enttäuschte Frau, die Verpflichtung zu übernehmen, daß sie die 12 Mark noch und nach abzahlen wird. Sie ist jetzt um eine Erfahrung reicher.

Ein schwerer Unglücksfall hat sich auf dem Bahnhof Pankow-Heinersdorf ereignet. Der 56jährige Schuhmacher Endenbach aus der Hasendorf Str. 18 in Berlin war verheiratet und die genannte Station hinausgefahren und bemerkte dies erst, als sich der Zug bereits wieder in Bewegung gesetzt hatte. Trotz dringender Warnungen von Mitreisenden sprang er während der Fahrt aus dem Abteil. Dabei kam er zu Fall und geriet zwischen Bahnsteig und Zug und wurde eine Strecke weit mitgeschleift. Als der Zug zum Stehen gebracht worden war, konnte der Verunglückte nur mit Mühe aus seiner entliehenen Lage befreit werden. Dem Bedauerndwertesten waren beide Beine abgetrennt worden. Der Verunglückte wurde in sehr bedenklichem Zustande nach dem Pankower Krankenhaus geschafft.

Ein ähnlicher Unfall, der jedoch glücklicherweise sehr glimpflich abließ, ereignete sich gestern mittag auf dem Bahnhof Wilmersdorf-Friedenau. Dort wollte eine Türschließerin einen bereits angefahrenen Zug besteigen, rutschte jedoch ab, fiel und geriet mit den Füßen zwischen die Bordplanken des Bahnsteigs und die Trittbretter. Trotzdem die Frau eine kurze Strecke weit mitgeschleift wurde, kam sie wunderbarerweise mit leichteren Hautabrisuren und Quetschungen davon.

Unvorsichtiges Umgehen mit einer Schießwaffe hat wieder ein Menschenleben gefordert. Die 28 Jahre alte Buchhalterin Berta Weisner, die in der Staßfurterstraße 12 für sich allein ein Zimmer bewohnte, erhielt dort gestern den Besuch ihres Bräutigams und dessen Freundes, die beide Soldat und augenblicklich beurlaubt sind. Im Laufe der Unterhaltung sprach man auch über die Waffen, und Jrl. Weisner nahm eine Browningpistole, die die Soldaten bei sich hatten, in die Hand, ohne zu wissen, daß sie scharf geladen war. Während sie sich mit der Waffe zu schaffen machte, ging ein Schuh los und die Kugel traf sie so schwer, daß sie nach kurzer Zeit starb. Die Leiche wurde von der Revierpolizei beschlagnahmt.

Wegen einer Gasexplosion wurde der 7. Böschung gestern abend um 9 1/2 Uhr nach der kleinen Frontfurter Straße 17 gerufen, wo ein Schaufelner u. a. zertrümmert war und eine Person Brandwunden im Gesicht an und beiden Händen erlitten hatte, die ihr von Sanitätern der Wehr verbunden wurden.

Den Stall zum Schlachthof machten Eindredner, die einen Kaufmann M. in Weihenke in der Parkstraße heimlich. M. hielt in einem auf dem Hinterlande des Grundstücks etwas abgelegenen Stall ständig Hühner und fütterte jetzt auch ein Schwein und einige Gänse heran. Ohne daß jemand etwas merkte, räumten ihm jetzt Eindredner zur Nachtzeit den ganzen Stall aus. Sie schlachteten das Schwein, das 1 1/2 Zentner wog, und alle Gänse und Hühner gleich an Ort und Stelle ab und verpackten dann ungelesen mit der Beute. Der Bestohlene erlitt einen Schaden von 600 M. Von den Dieben hat man noch keine Spur gefunden.

In der Herberge vom Tode überrascht wurde der 28 Jahre alte Arbeiter Albert Müller in der Koppensstraße. Er bekam einen Blutsturz und starb auf der Stelle.

Ein neues Kriegsfürsorgeheim.

Anfang November wird in der von Herrn von Schnitzler dem Unternehmen freundschaftlich zur Verfügung gestellten Villa am Kurfürstendamm 251, gegenüber dem Eingang des Zoologischen Gartens, ein Kriegsfürsorgeheim eröffnet. Das Heim bezweckt eine tageliche praktische berufliche Lehrkurse unter sachverständiger Leitung für Kriegswitwen und Waisen durchzuführen, die sich für einen neuen Erwerbzweig, insbesondere Anfertigung von Blumen, Kinderleibchen und Wäpche anfertigen lassen wollen. Nach erfolgter Ausbildung werden sie auf Wunsch gegen Bezahlung beschäftigt werden. Außerdem wird neben den Lehrstätten ein Abendheim eingerichtet werden, welches bei einiader Verpflegung zum Selbstkostenpreis einen angenehmen behaglichen Aufenthalt denjenigen bieten soll, die durch den Krieg in Not geraten sind und tagüber schwer gearbeitet haben.

Anmeldungen für die Lehrstätten und das Abendheim werden Dienstags, Mittwochs, Freitags und Sonnabends mündlich von 11 bis 1 Uhr in demselben Hause Kurfürstendamm 251 entgegengenommen. Schriftliche Anmeldungen sind an die Vorsigende, Frau Dr. Sophie Waldeck, daselbst zu richten.

Dachstuhlbrand. Die Berliner Feuerwehr wurde am Dienstag abend nach der Oranienstr. 24 zwischen Heinrichsplatz und Adalbertstraße alarmiert. Dort stand der Dachstuhl des Vorderhauses bei Ankunft der Wehr in großer Ausdehnung in Flammen. Die Feuerschläger bereits an mehreren Stellen mit diesem Qualm vermischt aus den Dachlaken empor. Der Brandinspektor ließ über eine Maschinenleiter und die Treppen mehrere Schlauchleitungen vornehmen, aus denen unausgesetzt kräftig Wasser gegeben wurde. Das Feuer hatte an Brennmaterial, sowie dem Haubrat der Mieter reiche Nahrung gefunden und die Dachkonstruktion ergriffen. Trotzdem gelang es, eine weitere Ausdehnung zu verhindern. Der Dachstuhl konnte nicht mehr gerettet werden. Die Entscheidung des Brandes war noch nicht festzustellen. Erst in später Stunde rückte die Wehr wieder ab.

Aus Betriebsrückständen muß der Betrieb beim Volksbad in der Bärwalddstraße vorläufig am Montag und Donnerstag jeder Woche eingestellt werden. In den übrigen Tagen wird der volle Betrieb aufrecht erhalten werden.

Die Belegung des nächtlichen Obdachs hat auch weiterhin andauernd eine sehr erhebliche Abnahme erfahren. Sie belief sich in den Monaten Juli bis einschließlich September des Jahres 1914 auf 142 696 Personen, des Jahres 1915 auf 14 843 Personen und des Jahres 1916 auf 3580 Personen. Der Monat August 1916 wies 776 Besucher des nächtlichen Obdachs auf (gegen 4700 im August 1915) und der Monat September 1916 — 840 Besucher (gegen 5226 im September 1915).

Aus den Gemeinden.

Städtischer Gemüsebau in Charlottenburg.

Die guten Erfolge im Kriegsgemüsebau der Parkverwaltung haben den Charlottenburger Magistrat veranlaßt, zu beschließen, die bisher dafür benutzten Flächen des Riefelsbelds von 110 Morgen auf etwa 200 Morgen zu erweitern. Der Verkauf der Erzeugnisse der Parkverwaltung findet in den beiden Verkaufsstellen Kaiser-Friedrich-Str. 91 und Kantstr. 140 gegen Vorlegung der Charlottenburger Lebensmittellkarte statt. Daneben besteht noch eine Gemüseverkaufsstelle der städtischen Lebensmittelabteilung in der Kaiser-Friedrich-Str. 100, in der sich die Charlottenburger Einwohner, die größere Mengen beziehen wollen, mit Gemüse versorgen können.

Steglist. Zu dem Bericht des Sozialdemokratischen Wahlvereins schreibt uns Genosse Leimbach auf die Angabe, er sei aus dem Wahlverein ausgeschlossen worden, daß das unrichtig sei. Wichtig sei, daß er bereits am 7. August in einer Sitzung des erweiterten Vorstandes des Sozialdemokratischen Wahlvereins seinen Austritt erklärt und begründet habe. Dem Vorstand sei diese Tatsache bekannt gewesen, als er die im Bericht mitgeteilte Entscheidung zur Abstimmung gebracht habe.

Kindererkrankungen in Neukölln. Der für Donnerstag, den 5. Oktober, angesetzte Ausflug fällt aus.

Sonntag, den 8. d. M., Kinderwanderung nach Hermsdorf-Schulzendorf-Zegel. Treffpunkt 8 Uhr morgens am Hermannsplatz. Fahrgehalt einschließlich Kaffee 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren 40 Pf.

Der Frauenmord in der Husfittenstraße.

In der gestrigen Verhandlung im Mordprozeß Hagen legte der Vorsitzende dem Angeklagten dringend nahe, in sich zu geben und doch die volle Wahrheit zu sagen. Präj.: Fühlen Sie denn gar keine Reue über Ihre Tat? — Angell.: Ich habe immer schon gesagt, wie leid mir die Tat ist. — Vors.: Haben Sie denn die Else noch zuletzt gern gehabt? — Angell.: Ja, bis auf den letzten Tag. — Vors.: In Eisleben haben Sie sich aber dahin geäußert, daß Sie sie hinausjagen würden. Und nun weiter: Sie haben die Tat vollbracht, Sie kommen nach Hause und tun die Leiche in den Sarg; Sie mühten sich doch, daß die Tat früher oder später herauskommen würde. Haben Sie denn gar keinen Versuch gemacht, die Leiche wegzuschaffen? — Der Angeklagte schwieg.

Auf weiteren Vorhalt des Vorsitzenden, daß die Schimpfereien der Hinstle doch nicht so groß waren, da sie ja doch nur „ekelhafter Kerk“ gefügt haben soll. — Angell.: Ich war in angetrunkenem Zustande und war infolge der Schimpfereien in Horn geraten. — Vors.: Sie haben ihr dann auch noch den Knebel in den Mund bis hinten in den Hals gedrückt. Schrie sie denn noch? — Angell.: Sie stöhnte noch, als ich die Wohnung verließ. — Vors.: Nachdem Sie ihr den Knebel in den Mund gedrückt hatten, haben Sie sie verlassen, die Tür aufgeschlossen und die Frau viele Stunden hilflos liegen lassen. Sie mühten sich doch, daß, wenn Sie ihr den Knebel so tief in den Mund steckten, sie am Schreien verhindert und es mit ihr zu Ende gehen würde. Ich rate Ihnen nochmals in Ihrem eigensten Interesse, uns doch endlich die volle Wahrheit zu sagen. Bis hierher sind Ihnen Ihre Behauptungen Schritt vor Schritt widerlegt worden. — Angell.: Ich kann nur das sagen, was ich schon gesagt habe: Ich war in angetrunkenem Zustande und habe mich durch ihre Vorwürfe reizen lassen und mich infolgedessen an ihr vergreifen. Ich habe sie nicht töten wollen, sondern sie nur auf den Mund geschlagen. Das Tuch habe ich ihr nur in den Mund gesteckt, um ihre Schmerzschreie zu verhindern. — Vors.: Wer war Ihnen denn lieber, Ihre Frau oder die Hinstle? — Angell.: Die Hinstle. — Vors.: Und doch haben Sie durch den Knebel noch eine Liebeleil mit der einen Zeugin angefangen, und Ihrer Frau sind sie überdrüssig geworden und haben mit der Hinstle angefangen; dann haben Sie wieder mit der anderen angefangen. Wollten Sie die Hinstle vielleicht umbringen, um mit der erwähnten Zeugin zu leben? — Angell.: Nein. — Es wurden dann mehrere Zeuginnen über ihre Wahrnehmungen über das Zusammenleben der Hinstle mit dem Angeklagten und über die Vorgänge am Tage der Tat selbst vernommen. Die Aussagen stimmen darin überein, daß sehr oft Streitigkeiten stattfanden und die Hinstle mehrfach darüber geklagt hat, daß der Angeklagte sie geschlagen habe. Bei einem solchen Fall hat sie sich dahin geäußert: „Mit dem verfluchten Kerk ist kein Auskommen!“

Frau Alt, die Verwalterin des Hauses, ist am 26. Dezember durch üblen Geruch, der aus der Wohnung des Angeklagten kam, belästigt worden, so daß sie die Kiste ans Schlüsselloch legte und die Polizei, welcher sie Anzeige erstattete, die Wohnung durch einen Schlosser öffnen ließ. Als man die Wohnung betrat, ergab sich ein starker Gestank. Diefem Verwesungsgeruch ging man nach, ohne die

Ursache zu entdecken. Die Wohnung ist dann wieder geschlossen worden. Am 16. Januar ist der Möbelhändler, von dem der Angeklagte die Möbel auf Abzahlung genommen hatte, erschienen, um wegen der ausbleibenden Zahlungen die Möbel abzuholen und bei dieser Gelegenheit ist dann die Leiche entdeckt worden.

Eine Hausbewohnerin hat am 4. Dezember zwischen 8 und 9 Uhr an den Vorhängen der Hagenschen Wohnung, die erleuchtet war, Schattenbilder wahrgenommen und gesehen, daß die Hängebewegungen machte, die darauf hindeuteten, daß sie sich wusch. Die Jungin hat dann später Geräusche, als wenn jemand geschüttelt wurde und ein heiseres Japsen gehört, sie sah wieder Schattenbilder am Fenster und dann war es still. Eine andere Nachbarin hat gegen zwölf Uhr einen gelenden, martererschütternden, wie in der größten Angst ausgeflohenen Schrei gehört. Wieder eine andere hat am 4. Dezember schon sieben und acht Uhr Geräusche gehört, die darauf hindeuteten, daß in der Wohnung jemand geschlagen wurde; sie hat auch die Hänge weinen und 12 Uhr nachts einen Schmerzensschrei und furdtbares Röcheln gehört. — Rehnlich äußerten sich noch mehrere Zeuginnen, die dabei blieben, daß ihre Wahrnehmungen sich auf den 4. Dezember beschränken und nicht auf den 20. November, wie der Angeklagte fortgesetzt behauptet.

Auf die Frage, warum er denn die Hänge nach deren Erzählungen zu Arbeitskolleginnen veranlaßt habe, ihre Arbeit bei der U. C. G. aufzugeben, hatte der Angeklagte auf der Folter erklärt: es ist deshalb geschehen, damit sie nicht so bald vermisst würde. Es ist dies ein Moment, das bei der Frage der Ueberlegung eine Rolle spielen könnte. Der Angeklagte bestritt jetzt, überhaupt die Niederlegung der Arbeit veranlaßt zu haben.

Das Gutachten des Medizinalrats Dr. Störmer ging dahin: Die Ursache des Todes der Hänge ist eine Kombination von Erstickung und Erstichung infolge des in den Mund gedrungenen Snebels. Was den Geisteszustand des Hagen betrifft, so ist er in keiner Weise als geisteskrank im Sinne des § 51 Str.-G.-B. anzuzurechnen, aber er ist doch aus zwei Gründen anders zu beurteilen wie ganz normale Menschen: weil er ganz bestimmt ein Epileptiker und ganz bestimmt ein Trinker ist. Ein Zustand der Bewußtlosigkeit oder krankhafter Störung der Geisteskräfte, die bei der Tat eine freie Willensbestimmung ausschließt, liegt nicht vor.

In längeren Ausführungen zur Tat- und Rechtsfrage kamen der Staatsanwalt Dr. Rosenfeld und der Verteidiger Justizrat Gottschall bei der Beweiswürdigung im wesentlichen zu demselben Ergebnis, nämlich dahin, daß die Frage nach Mord zu verneinen und nur die Schuldfrage nach Totschlag zu bejahen sei. Der Verteidiger hat, nur die Frage nach Körperverletzung mit tödlichem Ausgang unter Jubilierung mildernder Umstände zu bejahen.

Die Geschworenen sprachen den Angeklagten der Körperverletzung mit Todeserfolg unter Verlegung mildernder Umstände schuldig. Staatsanwalt Dr. Rosenfeld beantragte zwölf Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust. — Justizrat Gottschall hat sowohl nach der Art als nach der Dauer der Strafe um eine mildere Strafe. — Das Gericht war der Auffassung, daß die Tat des Angeklagten eine außerordentlich schwere sei und von einer Gefängnisstrafe keine Rede sein könne. Der Gerichtshof hätte zu der Höchststrafe von 15 Jahren Zuchthaus geurteilt, wenn er nicht berücksichtigt hätte, daß der Angeklagte Epileptiker ist und sich längere Zeit strafflos geführt hat. Die Strafe ist deshalb auf zehn Jahre Zuchthaus bemessen und da die Tat eine gemeingefährliche und ehrlose sei, ist auch auf zehnjährigen Ehrverlust erkannt worden. Da der Angeklagte nicht gesündigt war, sondern bis zuletzt mit unwarhen Angaben operierte, ist ihm von der erlittenen Untersuchungshaft nichts angerechnet worden.

Soziales.

Der letzte Werttag.

Ein für Textilarbeiter und Schneider außerordentlich ungünstiges Urteil fällt das sächsische Landesversicherungsamt. Nach der Bundesratsverordnung vom 12. August 1915 ist bekanntlich die Zahl der Arbeitstage für Webereien, Spinnereien und Wirtereien auf 5 festgesetzt. Hat nun deshalb ein erkrankter Textilarbeiter nur für 5 Tage Krankengeld zu erhalten? Die Betriebskrankenkasse der Norddeutschen Jute-Spinnerei und Weberei bejahte diese Frage. Das Versicherungsamt der Amtshauptkasse folgte dieser Auslegung. Anders das Dberversicherungsamt. Dies ging von dem Standpunkt aus, daß die Bundesratsverordnung im Interesse der Arbeiter erlassen sei, und verurteilte deshalb die Kasse. Dies Urteil hat jetzt das Landesversicherungsamt als höchste sächsische Instanz in Versicherungssachen aufgehoben und die Krankenkasse von der Zahlung für den sechsten Krankentag entbunden. Die Entscheidung klammert sich an den Wortlaut „Arbeitstag“, läßt den Zweck der Bundesratsverordnung sowie die Tatsache unberücksichtigt, daß die Bundesratsverordnung die Reichsversicherungsordnung weder abändern wollte noch abgeändert hat, und schweigt sich über die Frage völlig aus, daß die Erkrankte für volle Wochen, also für 6 Tage, Krankengeld bezahlt hat und bezahlen mußte. Mit sozialer Rechtsauslegung ist es unvereinbar, für 6 Tage Versicherungsgeld zu nehmen und nur 5 Tage als versichert zu betrachten. Es bleibt nun nichts übrig, als daß der Bundesrat schleunigst der antisozialen Auslegung durch eine authentische Deklaration einen Riegel vorschiebt.

Vorenthaltung der Invalidentarte.

Im allgemeinen ist der Arbeitgeber haftbar für den Schaden, der dem Arbeiter dadurch entsteht, daß ihm die Invalidentarte nicht sogleich bei der Beendigung des Arbeitsverhältnisses ausgehändigt wird. Eine Ausnahme von dieser Regel macht ein Urteil der Kammer 5 des Gewerbegerichts in folgendem Falle:

Ein Arbeiter hatte sich in einem Großbetriebe um Arbeit beworben und war eingestellt worden. Er erschien auch zur Arbeit, erhielt Werkzeug überwiesen, fing aber gar nicht an zu arbeiten, sondern ging ins Kontor, erklärte, er höre auf und verlangte seine Invalidentarte, die er bei seiner Einstellung abgegeben hatte. Die Herausgabe der Karte wurde dem Arbeiter verweigert, weil er das ihm übergebene Werkzeug nicht abgeliefert hatte. Der Arbeiter klagte auf Schadenersatz. Die Firma machte geltend, sie habe durch den Kläger Schaden erlitten, da von dem ihm übergebenen Werkzeugen nach seinem Abgange einige Stücke im Wert von 7 M. gefehlt hätten. Das Gericht kam zu dem Urteil: Durch die Vorenthaltung der Invalidentarte ist dem Kläger zwar ein Schaden entstanden, doch hat der Kläger durch sein Verhalten den Schaden zum größten Teil selbst verursacht. Es war geradezu frivol und ein Verstoß gegen die Ordnung, daß der Kläger Arbeit annahm, dieselbe aber gar nicht anfang, sondern aufzubören erklärte und ohne sein Werkzeug abzuliefern, davonging. Aus diesem Grunde wurde dem Kläger nur ein Drittel seiner Forderung zugesprochen und hieron 7 M. für fehlendes Werkzeug abgezogen. Von den Kosten hat der Kläger $\frac{1}{2}$, der Beklagte $\frac{1}{4}$ zu tragen.

Mit dem Geßey ist dies Urteil schwer vereinbar, da dies dem Arbeitgeber die Pflicht der Herausgabe der Karte auferlegt und zur Erfüllung der Pflicht polizeilichen Zwang anordnet.

Der Aktuar als Gewerbegehilfe.

Die Frage der gerichtlichen Zuständigkeit eines Aktuars, der Angestellter in einem Bankgeschäft ist, hatte die 5. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts zu prüfen. Der Kläger, ein Gehilfe Georg L., hatte Anstellung bei der königlichen Seehandlung gefunden. Seine Beschäftigung war dort, wie sich in der mündlichen Verhandlung ergab, ausschließlich das Instandhalten des Aktienarchivs. Burden bestimmte Akten verlangt, so mußte er sie herausgeben, und nach Erledigung der Sachen hatte er die Akten wieder in ihren alten Platz einzureihen. Er selber sah diese Beschäftigung als kaufmännische Arbeit an und klagte deshalb beim Kaufmannsgericht. Dieses erklärte sich aber für unzuständig und verwies den Rechtsstreit an das Gewerbegericht. Der Kläger sei der ganzen Art seiner Beschäftigung nach ein Gewerbegehilfe.

Aus aller Welt.

Ehrlich währt am längsten.

In den Schwarzwaldhöfern sind für bestimmte Bezirke Ausfuhrverbote erlassen worden. Und Sonntags, wenn die Ausflügler zu den Bäumen drängen, steht an der Bahnperre ein Gendarm, um darüber zu wachen, daß niemand aus dem Land, da „Milch und Honig fließt“, unrechtmäßige Schätze nach Hause trage. Wieder war Sonntag, jeden der sich durch die Sperre drängenden fragte drohend der Gendarm: „Führen Sie keinerlei Waren mit?“ Einige, deren Hamsterbeute den Rucksack allzu pröchtig straffte, standen bereits abseits und barrten der unangenehmen Dinge, die noch kommen sollten. Der Nächste war ein großer, breiter Mann mit einem ungeheuren Kalabreser. Kein Rucksack auf dem Rücken, keine Hamsterbeute in der Hand. Die Frage des Mannes im Pelm übertrug ihm nicht; ruhig und bestimmt kommt die Antwort: „Ja, ich führe Butter mit!“ Der Gendarm müht den Mann und forscht dann weiter: „Wo haben Sie denn die Butter?“ Und ebenso ruhig und bestimmt fällt es zurück: „Auf dem Kopfe!“ Einen Augenblick lang blüht das Auge in aufbrausendem Zorn, dann schnarrt eine Stimme den Mann im Kalabreser an: „Machen Sie hier keine faulen Witze, Herr! Sie scheinen nicht zu wissen, daß Sie sich dadurch der Beamtenehrlidung schuldig machen...!“ Der mit dem Knotenstoß hört es, lächelt und klettert in den Wagen. Als dann der Zug aus dem Bahnhof rattert, nimmt er den Riesenkalabreser ab, bettet ihn behutsam auf die Knie und schält aus pergamentner Verpackung ein Zweifilo-Butterpaket. „Ehrlich währt am längsten“, meint er zu den neidvoll Blickenden im Abteil und verstaubt die Butter sorglich im Gepäck.

Bei einem Bootunglück auf der Weser sind in der Nähe von Vegesack vier Personen ertrunken. Der Hafenmeister-assistent Heine hatte mit seiner Frau und drei Kindern eine Segelpartie unternommen. Er wollte sich schließlich von einem Weserfaher schleppen lassen. Da riß die Schlepplleine und das Segelboot geriet unter eine Sanddüne, von der es überfahren wurde. Gerettet wurde nur der neunjährige Sohn Heines, während beide Eltern, ein dreizehnjähriger Bruder und eine siebenjährige Schwester ertranken.

Raubmord. Auf dem Wege von der Bank, wo er einen größeren Betrag für sein Geschäft abgehoben hatte, wurde der Lehrling Selbmann in Dibernau (Erzgebirge) vor etwa vierzehn Tagen ermordet. Da er nicht zurückkehrte, glaubte man, daß er mit dem Gelde flüchtig geworden. Jetzt ist die Leiche, deren Hände ge-

festelt waren, mit zertrümmertem Schädel beim Grasmähen gefunden worden. Von dem Mörder fehlt bis jetzt jede Spur.

Nach dem Genus von gehacktem Pferdefleisch erkrankten zu La u in Böhmen 176 Personen, von denen bis zum Montag bereits vier gestorben sind.

Ein Hauptmann von seiner Frau erschossen. In Mainz ist in einem Hause der Bauhofstraße ein älterer Hauptmann von seiner Frau erschossen worden. Er wurde noch lebend ins Lazarett gebracht, während die Frau verhaftet wurde. Die Frau soll die Tat in einem Anfall von Eifersucht begangen haben.

Ein Opfer des Talperrunglücks im Fiesengebirge. In Prag ist, wie die „Boff. Ztg.“ berichtet, der Hofrat bei der Statthalterei, Karl Podhaiski, plötzlich gestorben. „Narodny Listi“ teilt noch mit, daß der Hofrat, der der Fluhregulierungskommission vorstand und mit der Aufsicht der Sperren im Duffetal betraut war, sich die Talperrunglücksstrophe so zu Herzen genommen habe, daß er nach Besichtigung der Unglücksstätte trübsinnig wurde und seine im Leben ein Ende gemacht hat.

Schnee im Riesengebirge. Im Riesengebirge hat es wieder kräftig geschneit. Als am Sonntag die Sonne den Wolkenleiter löstete, zeigte sich der ganze Stamm des Hochgebirges mit frischem Schnee bedeckt. Auch im Tal ist die Temperatur sehr zurückgegangen. Nach starkem Regen trat Abkühlung bis auf 4 Grad Wärme ein.

Jugendveranstaltungen.

Arbeiter-Jugend Tempelhof, Marienborf. Donnerstag, den 5. Oktober: Große Abdomenveranstaltung. Anfang 8 Uhr. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist erforderlich.

Jugendheim Oberhühneweide. Heute Mittwoch, den 4. Oktober, im Jugendheim, Klarstr. 2: Versammlung der Jugendheimbesucher, zu der alle jungen Arbeiter und Arbeiterinnen freundlich eingeladen sind. Der Jugendausflug.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 5, IV. Etage, portierlos, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Über für den Briefkasten bestimmten Anfragen ist ein Nachschub und eine Zahl als Verleihen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abdomenveranstaltung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Sachstücke und verglichen bringe man in die Sprechstunde mit.

Z. R. 18. 1. Austritt aus der Landeskirche können Sie schon vom 14. Lebensjahre an selbst erklären. 2. Antrag auf Aenderung eines Termins zur mündlichen Erklärung des Austritts aus der Landeskirche muß an das Amtsgericht des Bezirks, in dem Sie Ihren Wohnsitz haben, erfolgen. 3. Die Kosten betragen etwa 4,50 M. 4. Auf dem zur Untergenehmigung der mündlichen Erklärung des Austritts anberaumten Termin müssen Sie den Geburts- oder Taufschein vorlegen. 5. Ja — Ch. 91. Sie müssen Vererbung an den Vorstehenden der Einkommensteuer-Veranlagungskommission einlegen. — G. Neudöhl. Sie müssen sich jetzt melden, da Sie während des Krieges erst einmal mit D. U. gemustert worden sind. — R. 2. 70. 1. Sie werden bis zu dem angegebenen Datum die volle Rente nicht beanspruchen können. 2. Nein. 3. Ja. — R. 6. Wenn ein größerer Schaden dadurch verursacht wird, sind Sie verpflichtet, diesen auszubessern. — R. M. 100. Der Gehaltslohn muß vom 1. Oktober an gezahlt werden. Weigert sich der Vetter, so müssen Sie ihn beim Annahmegericht verklagen. — J. G. 14. Sie müssen sich vom zuständigen Nachlassgericht (Amtsgericht des Bezirks, in dem die Verstorbenen zuletzt gemohnt hat) einen Erbschein beschaffen und unter Vorlegung des Erbscheines die Umhüllung der Hypothek auf die Erben im Grundbuch veranlassen. — R. 2. 129. 1. Baugenossenschaft „Freie Scholle“ in Tege, Freie Scholle 19. Baugenossenschaft „Ideal“, Neudöhl, Weichselstr. 8; Baugenossenschaft „Gartenstadt Falkenberg“, Bureau: Gartenstadt Falkenberg bei Grünau; Baugenossenschaft „Paradies“ in Bohndorf bei Grünau. 2. Ja.

Denkt an uns! Sendet

Deutscher Torpedobootsdurchbruch



Galem Aleikum (Mohlmundstück)

Galem Gold (Goldmundstück)

Zigaretten.

Willkommenste Liebesgabe!

Preis: Nr. 3 4 5 6 8 10 4 5 6 8 10 12 Pf. d. Stück einschließlich Kriegsaufschlag

20 Stück feldpostmäßig verpackt portofrei!
30 Stück feldpostmäßig verpackt 10 Pf. Porto!

Orient-Tabak- u. Zigarettenfabr. Yenidze Dresden.
Jnh. Hugo Zietz, Hoflieferant S. M. d. Königs v. Sachsen

Trustfrei!

Wirklich brauchbare Ersatz-Ztr. 38. — 1/2, 10.50, 10-Pfd.-Eimer 5 M. Kristeller, Berlin W 64, Bülowsstr. 80. Ohne Brotharte! Schmierseife.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5. Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik. Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten. Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen. Sämtliche bekannten Marken Zigaretten zu Originalpreisen. Amt Mpl., 3014.

Solange der Vorrat reicht

liefert die Buchhandlung Vorwärts, Berlin, SW. 68, Lindenstraße 3, folgende älteren Jahrgänge der reichillustrierten Romanzeitschrift „In Freien Stunden“ jeden Band statt gebunden 4 Mark für nur 2 Mark.

Band 3: Inhalt: „Im Hause der Verlobung.“ Roman von Viktor Rasol. — „Die Wäberin.“ Von E. Schulze-Schmidt. — „Der Vetter.“ Von O. Ruppisch. — „Das Kloster bei Seeborn.“ Von F. Grilparzer.

Band 4: Inhalt: „Der Kurier des Jaren.“ Von Jules Verne. — „Das Vermächtnis des Vektors.“ Von Otto Ruppisch. — „Am Malanger Fluß.“ Von Theodor Wägg. — „Wie der Großvater die Großmutter nahm.“

Band 5: Inhalt: „Der verlorene Sohn.“ Roman von Hall Calne. — „Der Flüchtling.“ Novelle von Moriz Hartmann. — „Im Silberbergwerk verurteilt.“ Reise von Waffil Jalkaslow. — „Die Karrenburg.“ Erzählung von Walbert Stifter.

Band 6: Inhalt: „Der Deserteur.“ Roman von Robert Buchanan. — „Zwei Wäber.“ Roman von Madame Bigot. — „Der tote Zimmermann.“ Humoreske von Friedrich Gerstäder. — „Waldplan.“ Gemälde von Otto Ruppisch. — „Der Weihnachtsabend.“ Eine Weistergeschichte.

Band 7: Inhalt: „Neben.“ Erzählung von E. Zichnikow. — „Der Sticker von Peter Dame.“ Roman von Victor Hugo. — „St. Peters Regen.“ Erzählung von R. Witzgath.

Band 9: Inhalt: „Das Einzug.“ Von Leon Clabel. — „Eigth, das Hühnermädchen.“ Von Theodor Wägg. — „Der schwarze Hund.“ Von Weickler Rehr. — „Steinmann Goldwärr.“ Von Clair Ruffel. — „Eater und Sohn.“ Von J. Potapow.

Band 10: Inhalt: „Der Goldsch.“ Von E. Tumbara. — „Kantak.“ Von Emile Jola. — „Der graue Papagei.“ Von M. W. Jacob. — „Grändeln Kebab.“ Von E. E. E. E. E. — „Unbekannte Schuld.“ Von H. E. E. E. E. — „Die Josselt eine Frau sucht.“ Von J. Gottschell. — „Der Bauer von Klabauten.“ Von R. Schweißel. — „Straber Quänt.“ Von E. W. Jacob.

Band 11: Inhalt: „Reinwort.“ Von Walter Scott. — „Die Kammerjäger.“ Von Frau E. E. E. E. E. — „Trinitie.“ Skizze von Herm. Heijermans. — „Eibels Hochzeit.“ Von J. J. J. J. — „Ein Tag aus dem Leben des Künstlerd Pittere II.“ Von Balder Olden.

Band 13: Inhalt: „Der tote Josen.“ Von Hall Calne. — „Eigene Kraft.“ Von Kennison. — „Der schwarze Kater.“ Von E. Jacob.

Band 14: Inhalt: „Elder Wolf.“ Von E. E. E. E. — „Aus kugler Verhängnis.“ Von Gerstman. — „Die Wäber Wäber.“ Von Gerstman. — „Kotof, der Ketrut.“ — „Der zerbrochene Krug.“

Band 15: Inhalt: Emile Jola: „Germinal.“ — E. Cartellieri: „Ein Lucce della Roddia.“ — Jonas Die: „Kudelia.“

Band 16: Inhalt: Walter Scott: „Ivanhoe.“ — Clara Viebig: „Das Weibsbild.“ — Th. Wägg: „Die Wäberwäber des Propheten.“ — J. Gottschell: „Die angenehme Ueberzahlung.“

Bei Bestellungen genügt Angabe der Nummer des Bandes. Jeder Band ist für sich abgeschlossen. Band 1, 2, 8 und 12 sind ausverkauft.

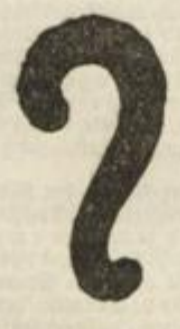


Königsstraße 33
Am Bahnhof Alexanderplatz.
Chausseest. 113
Beim Stettiner Bahnhof.
Sonn tags geschlossen.

Jackenkleid
aus schönartiger Ware
mit neuartigem, sehr
festem Kragenschnitt.
Schön bestickter Nieder-
gurt. Jugendliche Form
59.75

Herbstmantel
aus einfarbiger Ware in
verschiedenen modernen
Farben vorrätig.
Wirkungsvoller Gurt,
schön gleich fallende
Form
29.75

WO KA



Morgen mehr!

Todes-Anzeigen

Deutscher Holzarbeiterverband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Ritten-
macher
Reinhold Karge
(Brenzlauer Allee 200)
im Alter von 55 Jahren ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 5. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle des
Bartholomäus-Kirchhofes, Falken-
berger Chaussee, aus statt.
9/11 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Metall-
arbeiter
Fritz Becker
am 1. Oktober gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Donnerstag, den 5. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des neuen Jakobikirchhofes
in Neufeld, Hermannstraße, aus
statt.
Den Mitgliedern ferner zur
Nachricht, dass unsere Kollegin,
die Metallarbeiterin
Anna Dertz
am 1. Oktober gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 4. Oktober, nach-
mittags 2 Uhr, vom Stralower-
Frankenhaus aus nach dem
Garnison-Kirchhof in der Müller-
straße statt.
Den Mitgliedern ferner zur
Nachricht, dass unser Kollege, der
Dreher
Hermann Schulze
Goldiner Str. 62, am 30. Septbr.
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 4. Oktober, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Städtischen Friedhofes,
Räuber-Edel-See-straße, aus statt.
Ruhe Beerdigung erwartet.
123/14 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden, Verwandten
und Bekannten zur Nachricht, dass
mein lieber Mann, Sohn, Bruder,
Schwager, Schwiegerjohn und
Onkel
Heinrich Fiebig
am 30. September 1915 sanft
entschlafen ist.
Marie Fiebig geb. Schulz.
Neufeld, Prinz-Handjery-Str. 22.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 6. Oktober, nach-
mittags 3 Uhr, auf dem Ge-
meinde-Friedhof, am Marien-
dorfer Weg, statt.

Marken
Hergestellt seit 1879
Jean Holze
HAMBURG, I

Sieben erschien in unserem Verlage:
Berliner Liliput - Fahrplan
Ankunfts- und Abfahrts-Zeiten sämtlicher auf den Berliner
Fern- und Stadt-Fernbahnhöfen
verkehrenden Fern- und Vorortzüge.
Jeder Bahnhof 10 Pf., alle zusammen 25 Pf.
Überall zu haben.

Luftfahrerdank
G. m. b. H. Charlottenburg 2.

Porträt-Vergrößerungen
auch Verstorbener nach
jeder Photographie in
allen Preislagen. Vor-
zügliche Ausführung in
Kreide, Bromsilber od. farbig
zu äußerst billigen Preisen,
auf Wunsch auch gegen
Ratenzahlung. Ausführliche
::: Prospekte kostenlos :::
R. Machfeld (Inh. Bonnes
& Machfeld),
Potsdam Postfach 432.

Sozialdemokratischer Wahlverein
Mariendorf.
Am Sonntag, den 1. Oktober,
verstarb nach langer Krankheit
unser Mitglied
Marie Gotthoff
Wiltbergstr. 46.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 5. Okt., nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle in der Friedenstraße aus statt.
197/16 Der Vorstand.

Allen Bekannten und Ver-
wandten hiermit die feurige
Nachricht, dass mein innigstgeliebter
Mann, unser herzensguter Vater,
Schwiegervater und Großvater,
der Rittenmacher
Reinhold Karge
am 1. Oktober verstorben ist.
Dies zeigt tiefbetrubt an
Frau Klara Karge geb. Reiseck
und Töchter.
Rudolf Karge nebst Frau.
Familie Zille.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 5. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Bartholomäus-Kirch-
hofes, Weißenseer, Falkenberger
Chaussee, aus statt.
127/2

Jetzt Sonntags 11-2 Uhr geöffnet

Fesche Neuheiten! Billige Preise! Prima Stoffe!

Wundervolle Filzschmütel,
recht weite Glockenformen, echte
Fellbesätze (Modelle), Seidplüsch
200,- 250,- 300,- 350,-
Seidenplüschmütel in Arbeit
120,- 150,- 180,- 200,-
Vorjährige Wollplüsch, Krimmer,
Astrachanmütel, beste Qualitäten
100,- 80,- 60,- 55,-

Entzückende echte Filzschmütel,
In Felle, beste Köggeherarbeit,
Persianer, echte Winterlocks
250,- 300,-
Phantasie-Filzschmütel mit echtem Kragen und
Aufschlägen auf wunderrollem Brokat
250,-
Vornehme echte Filzschmütel, Glockenschmütel 195,-
Einselne vorjährige kurze Pelzjacken 80,-

Modell-Kostüme,
besondernde Neheiten: Samt mit Atlas, Kammgarn
und Tuch, reinwollene Stoffe mit schickenden Handver-
schönerungen, nette Aufmachungen, mit Fellverbrämungen,
auch einfache Formen, eleganteste Werkstättenarbeit,
250,- 175,- 150,-
Gediegene feine Kostüme aus la reifwollenen Stoffen
75,- 85,- 95,- 110,-
Vorjährige Modell-Kostüme, darunter Frachtstücke
35,- 25,- 22,- 15,-

Modell-Ülster
In Stoffe, wunderbare weiche Qualitäten, lang,
mit Pelzkragen, Frachtstücke
100,- 75,- 65,-
Fesche Ulster, Glockenformen
45,- 35,- 30,-
In vorjährige Ulster, beste Stoffe,
wunderbare Verarbeitungen, darunter Modelle
80,- 70,- 60,- 45,-

Feine Kammgarn-Röcke,
reine Wolle 30,- 24,- 18,-
Phantasie-Röcke 12,- 8,- 6,-
Samtkleider, Seidenkleider 100,- 75,- 60,-
Auswahlsendungen nach außerhalb
gegen Anzahlung.
Passendes für stärkste Figuren in
allen Abteilungen.

Westmann
I. Geschält Mohrenstraße 27a (Kolonnaden). II. Geschält Große Frankfurter Str. 115 nahe Adressstraße.

Rabattmarken der Konsumentenvereine Berlin und Umgegend

Gegegründet 1864.

Pelz-
waren im
Einzelverkauf
wie gewöhnlich
zu billigen Preisen.

S. Schlesinger
Neue Königstr. 21 (Bismarck)
kein Laden. II. Stock
Sonntag geöffnet 12-2 Uhr.
Bitte genau a. Firma 21, 22
und Nummern 21, 22

In Freien Stunden.
Romane und Erzählungen für
das arbeitende Volk. Von Gott
15 Pf. Buchhandlung Bornhörs,
Berlin SW. 63, Lindenstraße 2.

Metallbetten
Hofrahmenmatratzen, Kinderbetten
billig an Ort und Stelle. Katalog frei,
Eisenmöbelfabrik Zuhl i. Thür.

Zigaren
von 20,- 60,- pro Tausend aufwärts,
Zigaretten
von 20,- 14,- pro Tausend aufwärts
zu 10,- 8,- 6,- 5,-
Leo Spieler, Charlottenburg, Wilmers-
dorfer Str. 68. - Tel. Wilhelm 1809